Flugblatt No. 3

herausgegeben von der

Geschäftskommission der Vertrauensmänner-Zentralisation Deutschlands.

Wie berührt die Aufhebung der Verbindungsverbote in den deutschen Vereinsgesetzen die Organisation, Taktik und Agitation unserer Zentralisation und unserer einzelnen Organisationen?

A
K
O
40206

Berlin 1900.
Fiemc, Adalbert-Strasse 19.

O 3,4 44
23

Flugblatt No. 3

herausgegeben von der

Geschäftskommission der Vertrauensmänner-Zentralisation Deutschlands.

Wie berührt die Aufhebung der Verbindungsverbote in den deutschen Vereinsgesetzen die Organisation, Taktik und Agitation unserer Zentralisation und unserer einzelnen Organisationen?

Berlin 1900.
Verlag von C. Thieme, Adalbert-Strasse 19.

Vorwort.

Die Aufhebung des Verbotes in § 8 des preußischen Vereinsgesetzes, daß Vereine, die bezwecken, politische Angelegenheiten in Versammlungen zu erörtern, mit anderen ähnlichen Vereinen in Verbindung treten, hat an manchen Stellen das Mißverständniß hervorgerufen, als ob nunmehr unsere Organisation für die gewerkschaftliche Bewegung, die **Vertrauensmänner-Zentralisation**, nicht mehr als besondere Organisation gegenüber den durch die sogenannte „Generalkommission" in Hamburg vereinigten Verbänden aufrecht gehalten zu werden brauchte. Man nahm fälschlich an, daß durch die diesen Verbänden nunmehr gegebene Möglichkeit, auch in ihren einzelnen Organisationen politische Gegenstände zu erörtern, ein jeder Gegensatz, der uns trennte, geschwunden sei, und es also nur des beiderseitigen guten Willens bedürfte, um die beiden Zentralisationen zusammenfließen zu lassen. Diese Anschauung ist aber gegenüber den heutigen Entwickelungszuständen, in welchen sich beide Zentralisationen befinden, vollkommen falsch. Sie verkennt die tiefen grundsätzlichen Gegensätze, die sich zwischen der Verbands-Zentralisation und der **Vertrauensmänner-Zentralisation** in Deutschland im Laufe der Zeit scharf und bestimmt herausgebildet haben. Gegensätze, die so tief, so unüberbrückbar, so unversöhnlich sind, wie die heutige Gesellschaftsordnung mit der von uns angestrebten sozialdemokratischen Gesellschaftsordnung unversöhnlich ist.

Diesen Gegensatz, dessen Verdeckung oder Verheimlichung die Fortentwickelung der proletarischen Bewegung in Deutschland schwer schädigen, sie zur Versumpfung und zum Untergange führen könnten, klar darzulegen, das ist die Aufgabe dieser Flugschrift. Sie soll den Anhängern unserer Zentralisation die Nothwendigkeit ihrer Aufrechterhaltung klar darlegen, sie gegen Versuche der Gegner widerstandsfähig machen, ihnen das Material zur Abwehr von Angreffen auf unsere Organisation und zugleich zur Agitation für dieselbe geben.

DGB Bundesvorstand Archiv

Geschichtliche Uebersicht.

Die gewerkschaftliche Bewegung, die Organisation der deutschen Arbeiter in Fachverbänden, ist im Jahre 1868 entstanden, und zwar auf durchaus politischer Grundlage, unter heftigen politischen Kämpfen zwischen der bis dahin die Arbeiterbewegung fast allein führenden bürgerlich-demokratischen Fortschrittspartei und der damals noch in zwei Lager getrennten Sozialdemokratie. Es setzte sich die Sozialdemokratie mit gutem Erfolg an die Stelle der Fortschrittspartei, die in eine wenig bedeutende Rolle zurückgedrängt wurde.

Gleichzeitig wurde von den sozialdemokratischen Fachverbänden der Streik zwar nicht als Mittel, die Arbeiter frei zu machen, aber bei dem gegenwärtigen Stande der Arbeit und des Kapitals als häufige Nothwendigkeit anerkannt. Es wurde beschlossen, zur Organisation der Streiks Verbände zum gemeinsamen Widerstand in allen Gewerkschaften zu bilden, Kassen in ihnen zur gegenseitigen Unterstützung und Versicherungskassen für die Zeit der Arbeitseinstellung zu gründen.

Die Eisenacher Richtung der Sozialdemokraten erklärte ausdrücklich, daß die Gewerkschaften, die Grundbestandtheile der Parteiorganisation bildend, stets fortschreiten, indem sie sich mit ihren Fachgenossen aller Länder über ihre speziellen Berufsinteressen verständigen, besondere Zentralsitze gründen, eine internationale Tendenz zu befolgen haben, dabei jedoch stets ihre Bestrebungen mit den Zwecken der allgemeinen Regenerationspartei (Wiedergeburtspartei—Sozialdemokratie) in Uebereinstimmung zu bringen haben.

(Ueber diese Entstehungsgeschichte der gewerkschaftlichen Bewegung empfehlen wir nachzulesen den ersten Theil des Buches „Die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Deutschland von Dr. phil. Joseph Schmöle", der eine sehr sachliche Darstellung des Werdens der Organisationen giebt und warm empfohlen werden kann. Leider ist der Verfasser später unter verbändlerischen Einfluß gerathen und die Fortsetzung des Buches hat eine durchaus parteiisch verbändlerische Färbung erhalten, ist also als Geschichtsbuch nur von wenigem Werth.)

Sehr bald wurde den deutschen Arbeitern durch Staatsanwalt und Gericht die sehr kostspielige Belehrung gegeben, daß unter den in Deutschland bestehenden Vereinsgesetzen eine so einfache und natürliche Lösung der Frage der Arbeiterorganisation, wie sie in anderen Kulturländern besteht, nicht möglich war. Die einzelnen örtlichen Organisationen der Gewerkschaften wurden für besondere Vereine von den Gerichten erklärt. Das, was die Arbeiter in diesen Vereinen verhandeln mußten und verhandelten, erklärte man in den Hauptsachen als politische Gegenstände. Die Zentralisation war also eine Verbindung von Vereinen, die bezweckten, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern. Damit war die Handhabe gegeben, die Gewerkschaften aufzulösen und die Vorstände zu bestrafen. Bald waren die Mehrzahl der so gegründeten sozialdemokratischen Gewerkschaften hinweggefegt. Die fortschrittlichen Organisationen wurden zwar milder behandelt und konnten sich mit einiger Mühe durchbringen. Sie fanden bei den Arbeitern aber keinen großen Anklang und Viele von ihnen gingen nach und nach zur Sozialdemokratie über.

Die weitere Ausbreitung der Sozialdemokratie, die besonders in den größeren Städten unter den Arbeitern immer größeren Einfluß gewann erweckte aber ein so starkes Bedürfniß, einen so starken Drang zur Organisation, daß sehr bald wieder Versuche gemacht wurden, die zerstörten gewerkschaftlichen Organisationen wieder zu errichten. Der gewerkschaftliche Kampf um günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Verabredungen, Streiks und Sperren, der den deutschen gewerblichen Arbeitern seit 1869, wenn auch mit Beschränkung, erlaubt war, machte eine Organisation der Arbeiter durchaus nothwendig. So entstanden dann in den größeren Orten sehr bald wieder gewerkschaftliche Organisationen, Fachvereine, die jetzt freilich darauf verzichten mußten, „Grundbestandtheile der Parteiorganisation" zu bilden, um so mehr, als das Sozialistengesetz in der Zwischenzeit jede öffentliche Organisation der sozialdemokratischen Partei unmöglich machte und diese auf geheime Organisationen hinwies, die selbstverständlich nicht gleichzeitig als Mittelpunkte und Stützpunkte der gewerkschaftlichen Bewegung dienen, keine Unterstützungs- und Streikfonds sammeln konnten.

So haben das Verbindungsverbot der Vereinsgesetze in Deutschland und das Sozialistengesetz es bewirkt, daß in Deutschland die Arbeiterorganisation der der Sozialdemokratie anhängenden Arbeiter gegen den Willen der Gründer dieser Organisation in zwei Organisationen zerrissen ist. Es ist dieses durchaus kein guter und kein gesunder Zustand, auch ist er einzig und allein in Deutschland vorhanden. Es ist doch widersinnig, daß man dieselbe Arbeiterschaft zu den Zwecken, die beide innerhalb des anerkannten politischen Parteiprogrammes liegen, in zwei Organisationen zerreißt, die scheinbar unabhängig neben einander bestehen und deshalb der Gefahr ausgesetzt sind, mit einander in Zwiespalt zu kommen, sich gegenseitig Abbruch zu thun.

Die nun lediglich für den Zweck der Erringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen gegründeten Vereinigungen der Berufsgenossen

fanden bald, daß sie ohne eine gewisse Zentralisation nicht bestehen konnten, und schon recht früh schlug man hierbei zwei Wege ein, die anfangs durchaus nicht zu einer Entzweiung führten. Der eine Weg war der, daß man es zu vermeiden suchte, in den Fachvereinigungen solche Angelegenheiten zu verhandeln, die im Sinne der Vereinsgesetze von den Behörden als „politische Angelegenheiten" angesehen wurden, und daß man dann diese örtlichen Fachvereine als „Verbände" unter einer Zentralleitung zusammenfaßte. Ja, man ging dabei so weit, die Gründung von Vereinen zu versuchen, die gar keine örtlichen Organisationen hatten, welche man als Vereine ansprechen konnte, so daß es also für diese Gewerkschaften nur eine Mitgliedschaft über ganz Deutschland gab.

Man gab in diesen Zentralisationen also die politische Mitwirkung an dem Kampf der Wiedergeburt der Arbeiter, an seine politische Befreiung auf, und hatte dafür den Vorzug, für die gewerkschaftliche Bewegung die Zentralisation in kürzerem Wege erreichen zu können.

Ein anderer Theil der Gewerkschaften ging einen ganz anderen Weg. Er wollte die Mitwirkung an dem Kampfe um die Befreiung des Proletariates, die thätige Theilnahme an der sozialdemokratischen Agitation nicht aufgeben, er wollte die gewerkschaftlichen Organisationen, wenn sie auch nicht, wie der Beschluß von 1868 sagte, „als Grundbestandtheile der Parteiorganisation" dienen konnten, sie doch als thätige und unermüdliche Hilfstruppen, wie man sich damals auszudrücken pflegte, als „Vorschule" der Sozialdemokratie, verwendbar machen. Es wurde also die Organisation nach dem Plane aufgebaut, die wir heute

die Vertrauensmänner-Zentralisation

nennen.

Fachvereine mit durchaus politischer Tendenz bilden die Grundlage. Sie erörtern ohne jede Scheu politische Angelegenheiten jeder Art, beschränkten sich aber aus rein praktischen Gründen auf solche politische Fragen, die das wirthschaftliche und gewerkschaftliche Leben näher berührten, weil diese genug Stoff zur politischen Aufklärung lieferten. Man wollte in die thätige, praktische, politische Thätigkeit nicht selbstthätig eingreifen, weil dadurch Zusammenstöße mit der politischen Parteiorganisation eintreten könnten. Ging gegebenen Falls, wenn es zweckmäßig erschien, aber auch solchen Fragen nicht aus dem Wege. Man konnte in dieser Art eine lebhafte und wirksame Agitation für sie sozialdemokratischen Lehren ins Werk setzen und auch die gewerkschaftlichen Fragen, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gründlich vorbereiten und fördern Für den eigentlichen Lohnkampf durch Streiks und Sperren, der ohne Verbindung der verschiedenen örtlichen Gewerkschaften nicht zu führen ist, weil es sich dabei um Abhalten von Zuzug und Aufbringen von Unterstützungen handelt, wurde die **Vertrauensmänner-Zentralisation** gegründet.

Oeffentliche Versammlungen der Gewerkschaft wählten an jedem Orte Lohnkommissionen und einen Vertrauensmann in jedem Orte.

Die Lohnkommissionen hatten lediglich die Sammlung von Geldmitteln und die Verhandlungen um die Arbeitsbedingungen mit den Betriebsunternehmern, also Gegenstände zu behandeln, die als „politische" nicht angesehen werden konnten, wenn sie auch öffentliche Angelegenheiten waren.

Diese nicht politischen Vereine, die Lohnkommissionen, traten nun durch den Vertrauensmann mit einer auf einem Kongreß der Gewerkschaft gewählten Zentralausschuß ungestraft in Verbindung.

Diese Organisation ist lediglich durch die Praxis herausgebildet worden. Es ist nicht richtig, wenn sie heute als die Keßler'sche Organisation bezeichnet wird. Keßler hat nur die Form der schon bestehenden Organisation in eine Regel gebracht, um den so organisirten Gewerkschaften einen Leitfaden zu geben, nach welchem sich auch weniger gewandte Personen richten können.

Daß die Vertrauensmänner-Zentralisation sehr leistungsfähig und frei gegen alle Anfechtungen der Staatsanwaltschaft und der Gerichte durchgeführt werden konnte, ist in langen Prozessen erwiesen. Freilich gehörte dazu einige Aufmerksamkeit.

Das ist in große Zügen die Geschichte der Entstehung der Vertrauensmänner-Zentralisationen.

Ihr Unterschied von den Verbänden lag ursprünglich nur darin, ob man auf die Politik in den gewerkschaftlichen Organisationen, die eigentlich als die Grundbestandtheile der Partei-Organisation gedacht waren, verzichten wollte, um dafür ein etwas bequemeres Inverbindungtreten einzutauschen, oder ob man die vorzügliche Möglichkeit zur politischen Agitation, die die gewerkschaftliche Bewegung bietet, im Interesse ihrer selbst und der sozialdemokratischen Partei voll ausnutzen und dafür das Inverbindungtreten etwas umständlicher machen wollte. Ein Grund zur Feindschaft zwischen beiden Organisationen lag darin sicher nicht. Jeder konnte die seine für die vorzüglichere halten, ohne daß die Organisationen sich zu befeinden brauchten.

Es kam aber ein anderer Beweggrund in die Sache hinein, der den Kampf entfachte.

Wie der Streit in der deutschen Gewerkschaftsbewegung entstanden ist.

Eine Vereinspolitik der Hamburger Polizei, die ihre gesetzliche Befugniß, jede Versammlung und jeden Verein beliebig zu verbieten dahin gebrauchte, daß sie den leichter kontrollirbaren, festen Vereinen einen freieren Spielraum gewährte, dagegen öffentliche Versammlungen

möglichst verhinderte, zwang die Hamburger Arbeiter, die sich am öffentlichen Leben betheiligen wollten, sich in Vereinen zu organisiren. Dabei bestand für Hamburg nicht das Verbot, daß politische Vereine miteinander in Verbindung treten. Dadurch waren in Hamburg die Organisationen der Gewerkschaften früher entstanden und stärker geworden als anderswo. Die Lassalle'sche Taktik, die davon ausging, eine große und starke einheitliche Arbeiterorganisation, einen „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein" zu gründen, der mit Hilfe des zu erringenden allgemeinen Wahlrechtes dem Proletariate die Macht erobern sollte, um die heutige Ordnung zu zerbrechen, hatte in Hamburgs Arbeiterschaft sehr begabte und begeisterte Anhänger gefunden. Man war außerdem bemüht, tüchtige Kräfte für diesen Gedanken zu gewinnen und nach Hamburg zu ziehen. Hier verwerthete man diese Kräfte zuerst mit einer Selbstsucht, die wir nicht gerade tadeln wollen, weil sie natürlich ist, dazu, in erster Linie die Lage der Hamburger Arbeiter zu verbessern. Da dort schon in den Siebziger Jahren ein sehr bemerkbarer Geschäftsaufschwung begann, viel gebaut wurde und das Handelsgewerbe sich stark entwickelte, gelang es auch, die Arbeiterlöhne in den meisten Berufen weit über das hinaus zu steigern, was in anderen großen Städten Deutschlands den Arbeitern gezahlt wurde. Die Bauarbeiter, an deren Spitze die Maurer standen, hatten durch eine geschickte Organisation der Akkordarbeit und ihre Verbindung mit dem Fachverein der Maurer sich besonders gute Arbeitsbedingungen geschaffen. Der Stundenlohn betrug dort 50 Pfg., während man in Berlin noch um 30 Pfg. kämpfen mußte dabei wurde in Akkord viel mehr verdient. Die Meister waren klug genug einzusehen, daß sie selbst dabei sehr gut führen, wie ja auch die Berliner Meister heute den akkordarbeitenden Putzern gerne 70 Pfg. Stundenlohn zahlen und ein gutes Geschäft dabei machen.

Nun war die Akkordarbeit der Hamburger Maurer so organisirt, daß eine Anzahl Kolonnenführer den Fachverein und die gesammte Maurerschaft in eine stramme Abhängigkeit erhalten konnten. Sie hielten ihre Herrschaft mit Energie aufrecht. Wer sich auflehnte, mußte sehr bald Hamburg verlassen, weil er keine Beschäftigung in den Akkordkolonnen erhielt. Es herrschte auch in den anderen Organisationen eine dem Lassalle'schen Geiste entsprechende straffe Disziplin. Man hatte in Hamburg die größte Anzahl von Organisationen, die größeste Zahl der Organisirten und brachte für die Zwecke der politischen sozialdemokratischen Bewegung die erheblichsten Geldmittel auf. Dazu kam die alte zünftlerische Ueberlieferung, die vor 15 Jahren noch viel fester saß als heute, nach welcher Hamburg eine Art Vorort der sämmtlichen Bruderschaften, besonders aber der Maurer und Zimmerer war. Auf Kongressen und Zusammenkünften, an welchen Hamburger Arbeiter betheiligt waren, erschienen diese besser gekleidet und besser genährt, als die meisten anderen, sie waren besser parlamentarisch geschult, hielten fest zusammen und arbeiteten nach festen Plänen, die sie auch bei

Niederlagen nicht aufgaben, sondern zähe festhielten, widersprachen und befeindeten sich unter sich fast nie. So erlangten sie auf die anderen deutschen Arbeiter natürlich einen weitgehenden Einfluß. Da war es dann nicht sehr zu verwundern, daß sie sich dazu berufen glaubten, an die Spitze der deutschen Arbeiterbewegung zu treten. Das Sozialistengesetz brachte zwar auch in Hamburg manche Störungen, und viele der ersten und besten Führer wurden ausgewiesen. Die Zurückbleibenden traten aber ohne Widerspruch die Erbschaft der Vertriebenen an und verwalteten sie mit klugem Geschick, wenn auch nicht mehr ganz mit der früheren Ueberlegenheit. Auch während des Sozialistengesetzes blieb Hamburg an der Spitze der Bewegung. Ja, die großen Hafenbauten, die in Hamburg damals unternommen wurden, die Stadterweiterung, die damit zusammenhing, gaben dort so viel Arbeit, daß die Grundlage der Hamburger Arbeiterbewegung noch eine viel sicherere und bessere wurde. Es entstand also dort sehr erklärlich der ehrgeizige Wunsch, neben der Organisation der sozialdemokratischen Partei, die auch unter dem Sozialistengesetz sich weiter und kräftiger ausbildete, eine zweite vollkommen geschlossene Organisation auf dem Boden der Gewerkschaftsbewegung zu bilden, die sich nicht nur der politischen Partei zur Seite stellen, sondern sie gelegentlich in sich aufnehmen könnte. Wenn dieses auch während des Sozialistengesetzes nicht angänglich war, hoffte man doch die gewerkschaftliche Organisation so zentralisiren zu können, daß sie die politische Partei beherrschen, ihr den Weg vorschreiben konnte.

Dazu kam es darauf an, die Leitung aller zu gründenden Gewerkschafts-Zentralisationen und auch die gesammte Gewerkschaftspresse in Hamburg zu vereinigen.

Als man diesen Plan gefaßt hatte, ging man mit großer Energie an die Durchführung und war in den Mitteln nicht wählerisch. Personen, die brauchbar waren und sich gebrauchen ließen, wurden ohne Rücksicht auf Vergangenheit und Ruf durch Ueberredung, und wo das allein nicht half, durch Anerbietungen und Zuwendungen gewonnen.

Es fehlte aber in dem Kreise der Personen, die diese Bewegung einleiteten, und an deren Spitze damals der Maurer Knegendorf stand, an einer hervorragenden geistigen Kraft, die das Talent hatte, Organisationen dem Bedürfniß anzupassen und sie mit genialem Geschick zu entwickeln. Alle ohne Ausnahme, die bei diesem Plane mitwirkten, gingen bestenfalls in ihrer Einsicht und Begabung über den Gesichtskreis schlauer Bureaukraten nicht hinaus, die von Formen und Formeln, von schlau hergestellten Kongreßbeschlüssen und verwickelten Intriguen das erwarteten, was nur ein Genie hätte lösen können.

Der Plan, den man entwarf, war sehr einfach, aber nach starrer Schablone, ohne jeden Geist. Alle Gewerkschaften organisiren sich nach ziemlich gleichmäßigem Statut in sogenannte „Verbände", die einen Zentralvorstand womöglich in Hamburg hat. Jede andere Organisation wird bekämpft und zerstört, nicht angegliedert, weil sie die Einheit der Schablone stört. Jede Person, die von der Zweckmäßigkeit dieser starren

Form nicht überzeugt ist, wird durch alle erreichbare, ob gute, ob schlechte Mittel, das ist einerlei, beseitigt.

Man bekämpfte auch solche Verbände, die ihre „Zentralisation" nicht nach Hamburg verlegen wollten, begünstigte z. B. Verbände von Spezialberufen, die sich mit einer Spitze in Hamburg gründeten, gegenüber dem „Metallarbeiter-Verbande", der seiner geschichtlichen Entwickelung entsprechend unmöglich seine Zentralstelle nach Hamburg legen konnte. Man hat in Hamburg lange diesem Verbande feindlich gegenüber gestanden, obgleich er ganz nach Hamburger Schablone aufgebaut war.

Man suchte wiederum ganz nach mechanischen Rücksichten, möglichst viele Gewerkschaften in einen Verband zu pressen, ob die einzelnen Gewerkschaften zu einander paßten oder nicht. Kurz, man unterdrückte jede Bewegungsfreiheit, jedes Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Gewerkschaften in Bezug auf den Zusammenschluß und wollte aus der gewerkschaftlichen Organisation einen todten Körper schaffen, der Geld aufbringt, an die Zentralstelle abliefert und ohne eigenen Willen von einer Zentralstelle geleitet wird. Ganz das Lassalle'sche Muster mit dem Diktator an der Spitze, das er in seinem „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein" zu verwirklichen trachtete, was aber sogar seinem Genie nicht gelang. Das glaubten die um Knegendorf durch ein paar Kongreßbeschlüsse in Kongressen, deren Zusammensetzung sehr zweifelhaft war, durch eine Stimme Mehrheit, wie bei dem Maurerkongreß in Hannover und Bremen, zu erreichen. Für die Vereinigung der Arbeiterpresse in Hamburg wurde ein kapitalistisches Unternehmen gewonnen. Dieses war mit noch weniger Sachkenntniß unternommen als die Zentralisation der Organisationen. Es scheiterte sehr bald, denn die Leiter der einzelnen Organisationen, welchen man die ihnen nicht gehörigen Blätter abkaufen wollte, und ihnen zumuthete, ihre Genossen darum zu prellen, waren, mit der Ausnahme Weniger, nicht Esel genug, auf solche Dummheiten einzugehen.

Der Plan gelang nur sehr unvollkommen.

Zwar gelang es, eine größere Anzahl sehr guter Organisationen durch meistens recht verwerfliche Mittel zu zerstören und dafür Verbände zu schaffen. Es gelang aber nicht, sie alle nach Hamburg zusammenzufassen. Damit war aber dem Plane schon die Krone ausgebrochen. Man hatte dafür die deutsche Arbeiterbewegung dadurch, daß man einen bitteren Streit in sie hineingeworfen hatte, tief gespalten. Dieser Streit besteht noch heute fort, wenn er auch heute, da das große Projekt ganz aufgegeben ist, gar keinen Zweck mehr hat. Heute ist der Kampf eigentlich nur noch der Streit der Geister der Krieger in den Wolken. Die Hamburgerei ist endgiltig geschlagen und weicht noch heute Schritt um Schritt zurück.

Die Verbände haben den Hauptgrundsatz, auf dem sie gegründet wurden, daß sie die einzig bestehenden und einzig maßgebenden Organisationen der deutschen gewerkschaftlichen Bewegung sind, und daß alle anderen Organisationen vernichtet oder mindestens bei Seite geschoben werden müssen, aufgeben müssen. Sie haben, wenn auch sehr wider ihren Willen, an verschiedenen Orten mit anderen Organisationen, mit unseren sozialdemokratischen sogen. „Lokal-Organisationen" und auch mit Organisationen anderer politischer Bekenntnisse zusammenarbeiten müssen. Sie haben die anderen Organisationen nicht im Entstehen verhindern, nicht nach dem Entstehen vernichten, nicht übersehen, nicht bei Seite schieben können. Das ist bis heute nicht gegangen, künftig wird es noch viel weniger möglich sein. Die nicht-verbändlerischen Organisationen und auch die verbändlerischen, die sich von der Hamburger Leitung loslösen, mehren sich und werden sich in Folge der Vorkommnisse auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Bewegung, die die Unzulänglichkeit der Verbände immer deutlicher zeigen werden, bald noch viel stärker vermehren. Es ist also der praktische Beweis erbracht, daß das Abschließen gegen andere Organisationen, ihre Befehdung ein Fehler ist, der nur der Sache schaden kann. Man wird auch in den klügeren Kreisen der Verbändlerei einsehen, daß es nicht angänglich ist, sich mit denjenigen Genossen ganz ohne Grund zu verfeinden, mit welchen man beim nächsten Ausstande zusammenarbeiten muß. Man wird die Anmaßung aufgeben, allein berechtigte Organisation zu sein, und damit wird der Friede hergestellt sein, denn alle anderen Organisationen fechten nur in Vertheidigungsstellung gegen die Verbändler. Hört der Angriff auf, so ist der Frieden da. Dann wird sich zeigen, daß für alle möglichen Organisationen Platz ist. Daß jede Organisation die Kraft der gewerkschaftlichen Bewegung stärkt, wenn man die Form findet, sie zum gemeinsamen Arbeiten zu zentralisiren. Daß diese Zentralisation aber in den Verbänden nicht vorhanden ist, sondern durch klügere Leute geschaffen werden muß.

Sie ist freilich keine Hexerei und schon vorhanden, wenn man sie haben will, wie viele Beispiele zeigen.

Politik und Gewerkschaftsorganisation.

Auf dem konstituirenden Kongreß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands zu Eisenach am 7. und 8. August 1869 wurde eine Denkschrift vorgelegt, die einen Organisationsvorschlag enthielt. Sie fing an mit den Worten:

> „In Erwägung, daß die Gewerkschaften allein die richtige Form für die Arbeitervereine und die künftige Gesellschaft überhaupt bieten u. s. w.

und sie enthielt ferner in Abschnitt 1, 6 den Satz, den wir schon anführten: die Gewerkschaften, die Grundbestandtheile der Parteiorganisation u. s. w.

Daraus geht hervor, daß die zu Eisenach versammelten Marxistischen Sozialdemokraten die Gewerkschaften als durchaus politische Körperschaften betrachteten, die nach den zwei Richtungen thätig sind, die das heutige Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands auch aufstellt; nach der Richtung der Förderung unseres Endzieles, des Zukunftsstaates, in welchem das Kapital, der Besitz aller Herstellungsmittel in den Händen des demokratischen Staates ist, und nach der Richtung, welche die sogenannte gewerkschaftliche Bewegung befolgt, die die Lage der Arbeiter auf dem Boden der heutigen Ordnung verbessern will.

Beide Zwecke vereinigen sich mit einander und es ist durchaus kein Grund vorhanden, zwei kostspielige Organisationen derselben Arbeiter zu gründen, um dasselbe zu erreichen, was man in England wie in Frankreich mit einer solchen erreicht. Diese Wahrheit war auch 1884 und 1885 so klar in Hamburg erkannt, daß man wohl den Plan begreifen konnte, der den Personen vorschwebte, die die Zentralisation der Gewerkschaften in Verbänden betrieben, hiermit wieder die Grundbestandtheile der Parteiorganisation zu gründen, an die sich zuletzt die wieder erstarkende sozialdemokratische Partei anlehnen würde. Als sie daher von Berlin aus gewarnt wurden, zu beachten, daß das preußische Vereinsgesetz und die Vereinsgesetze der meisten deutschen Staaten eine Verbindung politischer Vereine nicht erlaubten, wenn sie in Hamburg auch gestattet wären, hielt man diese Warnung geradezu für eine feindliche Kundgebung. Man wies sie zurück und erklärte: ohne Politik wäre die ganze gewerkschaftliche Organisation ihnen nichts werth.

Man setzte sich über die Warnung absichtlich hinweg, weil man meinte, was in Hamburg erlaubt wäre, dürfe man von Hamburg aus auch in anderen deutschen Staaten treiben. Der Prozeß gegen die Maurer- und Töpfer-Organisation, aus welchem die erstere unverletzt, die andere aber auf einige Monate vernichtet hervorging, waren die sehr kostspieligen Folgen dieser falschen Rechtsauffassung.

Nun war man in Hamburg belehrt über das Erreichbare und fiel nun in das Gegenstück. Man erklärte die „Zentralisation" der Gewerkschaften in den Verbänden für so wichtig, daß man ihretwegen auf die Politik vollständig verzichten könnte. Man spottete über die „lose Zentralisation", die von Keßler vorgeschlagen worden war. Man schnarrte in den Versammlungen wie ein preußischer Unteroffizier die „strrramme Zentrrralisation" der Verbände als das Welterlösende hinaus. Man bewies das Unnütze und Schädliche der Politik in den Gewerkschaften mit den Mätzchen und den Trugschlüssen, die ein Fuchs, der den Schwanz in der Falle gelassen hat, aufwenden würde, um das Unnütze und Schädliche, das Häßliche und Hinderliche der Fuchsschwänze zu beweisen.

So kam das Jahr 1890 und damit der Hinfall des Sozialistengesetzes. Der erste Kongreß der sozialdemokratischen

Partei Deutschlands zu Halle a. S. fand statt. Der größere Theil der Hamburger Delegirten war darüber erzürnt, daß der Sitz des Vorstandes der Partei nicht nach Hamburg gelegt wurde, sondern in Berlin ihrem direkten Einfluß entzogen war. Um so mehr strebten die Führer der gewerkschaftlichen Bewegung in Hamburg nun danach, sich in den Gewerkschaften eine Macht zu gründen, die Einfluß auf die Leitung der Parteiangelegenheiten gewinnen sollte.

Daß man in der Parteileitung die Gefahr, der Nebenregierung zu verfallen, richtig erkannt hatte, zeigten die Verhandlungen auf dem Parteitage in Köln, wo Genosse Auer die Sache offen zum Austrage brachte und erzählte, daß die Anmaßung der Hamburgerei sich sogar dahin erstreckte, den Privatverkehr der Vorstandsmitglieder zu kontrolliren. Man habe ihm einen Vorwurf daraus gemacht, daß er mit dem der Hamburgerei verhaßten Keßler ab und zu, nicht sehr häufig, einmal ein Glas Bier getrunken habe.

Im Grunde genommen ist dieser Einfluß der Verbändlerei auf die Partei aber wirklich in gewissem Grade erreicht, und nur die vollkommene Bedeutungslosigkeit und Unfähigkeit ihrer leitenden Personen hat diesen Einfluß unschädlich bleiben lassen.

Die Absicht war die, die Leitung der gewerkschaftlichen Bewegung wollte maßgebenden Einfluß auf die Leitung der sozialdemokratischen Partei erhalten, die Letztere sollte die Gehilfin der Ersteren werden, aber die Partei sollte in den Gewerkschaften nichts zu sagen haben, sie sollten unter dem Vorwand, unpolitisch zu sein, jeder Kontrolle durch die Partei entzogen sein. Das war der Grund der fortwährenden Vorstöße und Klagen gegen die Partei. Der Kölner Kongreß brachte freilich dem Herrn Legien, dem schwachen Nachfolger Knegendorfs, wenn dieser auch kein solches Amt hatte, eine so glänzende Niederlage, daß von nun ab die Angriffe gegen die Partei verstummten, die Sache aber doch weiter getrieben wurde und der schwankenden und unsicheren Haltung des Parteivorstandes wegen, der eben zu viel mit maßgebenden Personen in ihm und außer ihm rechnet und rechnen muß, manche Erfolge hatte.

So ging es bis zur Aufhebung des Verbindungsverbotes in § 8 des preußischen Vereinsgesetzes.

Man vermied es in den Verbänden, sich offen „sozialdemokratisch" zu nennen. Man hatte dafür das umschreibende Beiwort „moderne Arbeiterbewegung" erfunden. Es war als Agitationswort für Dumme gut genug und klang ganz hübsch. Wenn ein Klügerer fragte, was diese „moderne Arbeiterbewegung" eigentlich für ein Programm hätte, wie sie zur Sozialdemokratie stände, dann sagte man mit schlauem Lächeln: das ist ja eben die Sache. Wir sind ja Sozialdemokraten, aber um die Furchtsamen nicht abzuschrecken, verschweigen wir es. Man baute sich die Lehre auf, daß durch Verschweigen der Wahrheit, daß die Verbände sozialdemokratischer Tendenz

sind, und bis dahin waren sie das wirklich, man Dumme fangen und die Mitgliederzahl vermehren würde.

Ach, die Gegner waren nur zu wachsam. Wir haben gesehen, wie Verbände vor den Unternehmern Schritt um Schritt zurückwichen und immer versicherten: Wir sind keine Sozialdemokraten! wir sind wahrhaftig keine Sozialdemokraten! die Unternehmer traten ihnen aber immer wieder auf die Zehen, und höhnten: Ihr seid doch Sozialdemokraten! bis der Verband an die Wand gedrückt war. Die freisinnigen Gewerkvereine, die katholischen und evangelischen Arbeitervereine, die Organisationen von Streikbrechern, die sich die Unternehmer bildeten, alle diese Arbeiter wurden gewarnt vor den sozialdemokratischen Verbänden. Es hatte nichts geholfen, daß man nur „modern" sein wollte. Nun aber wurde die Sache noch anders. Nach Aufhebung des Verbindungsverbotes bekam die Oberleitung der Verbände Angst vor der Sozialdemokratie.

Als das Verbindungsverbot fiel, kamen viele Anhänger unserer Organisation zu uns, und sagten: Was sollen wir jetzt sagen, wenn nun die Verbändler erklären, wir treiben auch Politik in unserer Organisation und zwar sozialdemokratische Politik, wie Ihr sie treibt. Ihr braucht Euch also nicht mehr von uns fern zu halten. Der Vorwurf, wir versumpfen die gewerkschaftliche Bewegung, ist jetzt hinfällig. Nun kommt doch zu uns. Hinein in den offen sozialdemokratischen Verband. Da antworteten wir: Wartet nur einige Wochen ab, Ihr werdet Euer Wunder erleben. Nun wird auch dem blödesten Auge klar werden, daß zwischen uns und der Verbändlerei nicht nur ein inhaltloser Formstreit liegt, wie theils die Dummheit, theils die Böswilligkeit es behauptet hat, sondern, daß ein tiefer grundsätzlicher Zwiespalt uns trennt, der es uns zur Unmöglichkeit macht, den Kampf mit der Verbändlerei aufzugeben.

Dieser Zwiespalt war von unseren Gegnern schon lange, schon seit etwa 1886 ganz klar erkannt, nur in unseren eigenen Reihen bemühte man sich, ihn nicht zu sehen, ihn wegzuleugnen.

Wir sagten unseren Freunden nur: Wartet einige Zeit ruhig ab. Es wird nicht lange dauern, so wird die Leitung der Verbändlerei sich so offen enthüllen, daß ein Mißverständniß nicht mehr möglich sein wird.

Sobald nämlich das Verbindungsverbot für politische Vereine in Preußen fiel, gab es keinen in der Sache liegenden Grund mehr, der deutschen Arbeiterschaft die Kosten zweier Organisationen aufzulegen. Wir können uns jetzt so organisiren, wie Franzosen, Engländer und Amerikaner organisirt sind, wie die Denkschrift vom Jahre 1868 es angiebt: die Gewerkschaften sind die allein richtige Form für die Arbeitervereine und die Gewerkschaften sind die Grundbestandtheile der Parteiorganisation.

Die Umwandlung der zwei Organisationen, die bisher nothwendig waren, in eine, ist natürlich nicht in Wochen oder Monaten zu machen, dazu werden Jahre gehören. Die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Vereinigung beider Organisationen in eine, wird sich zuerst bei der politischen Organisation herausbilden. Man wird zuerst versuchen, die „strrramme Zentrrralisation" auch auf die Parteiorganisation zu übertragen. Man wird diesen Weg mit Hartnäckigkeit und Eigensinn eine ganze Zeitlang verfolgen, wird aber mit den unpraktischen und unhandlichen allgemeinen Vereinen so wenig zu Erfolgen kommen, wie die Lassallesche Bewegung mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein etwas leistete. Ein einheitlicher Wahlverein in einem Wahlkreis von 20 Tausend Wählern und mehr ist ein Unding, selbst wenn man ihn in Filialen theilt. Erst die Auflösung in Gewerkschaften macht die Organisation handlich. Das wird man zuletzt einsehen.

Wenn nun die Gewerkschaften, die Verbandsfilialen, wie sie es heute ohne Schaden für die gewerkschaftlichen Ziele können, in die politische Bewegung eingreifen würden, so würde man bald merken, daß hier wirklich die richtige Organisation ist, die sich auch für die Politik praktisch verwerthen läßt. Nun sind aber die Beamten, Vereinsvorstände Kommissionsmitglieder, die besoldeten und die unbesoldeten, für zwei Organisationen da. Die Hälfte würde überzählig werden. Das ist für die Besoldeten ein Unglück, für die Unbesoldeten in vielen Fällen nicht angenehm. Die ganze Generalkommission mit ihren Unterkommissionen würde überflüssig. In der politischen Organisation würde auch mancher geschädigt. Bestehende Zustände haben ein geschichtliches Recht, das noch beachtet werden muß. Keiner will es sich nehmen lassen.

Vorläufig wird es einige Zeit dauern, bis die politische Bewegung an die gewerkschaftliche praktisch heranrücken wird. Die gewerkschaftliche Bewegung aber rückt mit noch mehr Entschiedenheit von der politischen ab, sie betont ihren unpolitischen Charakter, der eine Heuchelei ist, mehr als früher, sie wird bald davor nicht mehr zurückschrecken, die Sozialdemokratie zu verleugnen.

Das war, was wir in richtiger Erkenntniß der Sachlage erwarteten. Es ist gekommen, wie wir es voraussagten. Wir kannten unsere Leute.

Keine zehn Jahre ist es her, da brüstete sich die gewerkschaftliche Bewegung, sie wäre die Vorschule, die Nährmutter der Sozialdemokratie. Schon damals, als sie die Politik aus ihren Versammlungen hatte hinausweisen müssen, als ein Verband seine Mitglieder warnte, sich mit Sozialdemokraten einzulassen, Sozialdemokraten in ihren Versammlungen sprechen zu lassen, vergaß man niemals die schöne Redensart in den Versammlungen: Die gewerkschaftliche Bewegung ist die Vorschule der Sozialdemokratie. Nun, das ist hingegangen.

Früher gingen auch die gewerkschaftlichen Agitatoren ins Land, um die Arbeiter zu revolutioniren. Heute ist ihre erste Aufgabe das „Neutralisiren", wie das Organ der Generalkommission

einen ihrer Berichterstatter sagen läßt. Arbeitersekretäre geloben den Behörden, die Arbeiter zum Gehorsam und zur Folgsamkeit gegen die Autorität zu erziehen. Das ist heute „moderne Arbeiterbewegung“

Und das ist das, was unsere Gegner von dieser verbändlerischen Bewegung erwartet haben, seitdem sie durch ihre fehlerhafte Organisation von der Politik abwenden mußte.

Ja, wir haben in unserer Agitation in erster Reihe auch den Fehler der verbändlerischen Organisation betont, daß sie für die sozialdemokratische Agitation nichts thun könnte Wir haben das für einen sehr schweren Schaden gehalten, der bestimmt übele Folgen tragen würde. Schon die Art, in der die verbändlerische Agitation in den Gewerkschaften getrieben werden mußte, das scharfe Hervorheben der Vortheile der Gewerkschaftsbewegung, ohne deren Grenzen zu zeigen, ohne die größere Nothwendigkeit der sozialdemokratischen Bewegung zu zeigen, was ja Politik wäre, mußte die gewerkschaftliche Bewegung verflachen. Den ungebildeteren Arbeitern mußte dadurch das Gefühl beigebracht werden, daß die gewerkschaftliche Bewegung die wichtigere und die politische eigentlich ganz überflüssig wäre.

Das ist sicherlich vielfach erreicht. Die politische Bewegung ist sicherlich durch die gewerkschaftliche seit ihrer unpolitischen Zeit nur wenig gefördert worden.

Wir haben also die Verbandsform mit Recht bekämpft, so lange das Verbindungsverbot bestand.

Heute sehen wir in der Form keinen Vorwurf mehr und nehmen in unsere Organisation auch solche Gewerkschaften gerne auf, die in Verbänden nach Hamburger Schablone organisirt sind. Wir halten freilich diese Form nicht für sonderlich schön, aber ein Grund ihr als Form entgegenzutreten, ist freilich nicht mehr vorhanden. Es ist nur die Bedingung dabei daß die Organisation nicht die Politik in ihren Vereinen verbietet, sondern die politische Agitation mit Nachdruck treibt und sich sonst den Beschlüssen unserer Kongresse unterwirft. Der Streit zwischen „Zentral“ und „Lokal“ ist veraltet, gegenstandslos. Der Gegensatz lautet heute: **„Politische“** oder **„Unpolitische“** Gewerkschaften.

Die politischen Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung.

Es ist daran kein Zweifel, daß die Noth und die Knechtschaft, in welcher sich die besitzlosen Arbeiter befinden, die mächtige Ursache der Arbeiterbewegung sind. Es ist aber auch ohne jeden Zweifel die Unzufriedenheit, die die Arbeiter in Bewegung setzt, und daß die Bewegung da nicht vorhanden sein kann, wo keine Unzufriedenheit vorhanden ist. Nun kann es sehr gut Noth und Knechtschaft geben, ohne daß eine solche Unzufriedenheit stattfindet die nothwendig die Bewegung zur Besserung einleitet. Die Geschichte lehrt, daß es oft

geradezu entsetzliche Zustände gegeben hat, in welchen das arbeitende Volk lebte, ohne daß es irgend etwas und besonders nichts Planmäßiges that, um aus diesen Zuständen hinaus zu kommen.

Die Ursachen für diese Erscheinung, daß vielmals selbst der schärfste Druck keine solche Unzufriedenheit erzeugt, können äußerlich betrachtet sehr verschiedener Art sein. Die Bedrücker wie die Bedrückten können die bestehenden Zustände als Ausfluß einer von höheren Mächten gesetzten Weltordnung betrachten, die durch Menschen ohne Auflehnung gegen den göttlichen Willen nicht angetastet oder abgeändert werden können. Das Gedächtniß der Völker ist sehr kurz. Es giebt nur Wenige, die eine genaue Vorstellung von den Zuständen zur Zeit ihres Großvaters haben. Ihre Erinnerung reicht nicht so weit Die mündliche Ueberlieferung ist verschwommen und unsicher. Sie leidet besonders auch daran, daß sie das weit Zurückliegende verschönert. Man sollte meinen, das solle die Unzufriedenheit schärfen und zum Streben nach Besserung anreizen. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Dem trägen Geiste erscheint leicht die falsche Anschauung, daß es früher besser war und immer schlechter geworden ist, als eine Art Naturgesetz, dem man sich unterwerfen muß, gegen das anzukämpfen ganz vergeblich ist.

Die Wahrheit, wie die heutigen Zustände entstanden sind und wie lange sie schon in der jetzigen Form lasten, welchen Ursachen sie entspringen, ist aus diesen mündlichen Ueberlieferungen nicht zu entnehmen. Nur manche plötzlich auftretende Schädigungen kann das Volk sehen und begreifen. Diese regen dann auch leicht die Unzufriedenheit so auf, daß sie zum Handeln treibt, geben dem Handeln aber nicht Ziel und Plan. Die Bewegung verpufft nach mehr oder weniger heftigen, oft sogar furchtbaren und blutigen Ausbrüchen, ohne im Wesentlichen irgend etwas zu ändern. Sie richtet sich meistens gegen Personen und Sachen und läßt die Beweggründe, die eigentlichen Ursachen der Noth und der Knechtschaft ganz unberührt.

Solche Ausbrüche der ungereizten Unzufriedenheit werden oft viel Zerstörung anrichten. Da die Gegner, die Besitzenden, auch zugleich die Mächtigen sind, so werden die revoltirenden Bedrückten schließlich niedergeworfen und besiegt. „Die Ordnung wird wieder hergestellt“ und es wird schreckliches Gericht gehalten.

Aus dieser Erfahrung, die sich tief einprägt, kommt den Besitzlosen dann der andere Grund, daß sie trotz des Druckes in das Unrechte ruhig bleiben, daß die Unzufriedenheit sich in dumpfe Gleichgültigkeit verwandelt, weil man sagt: „Es nützt doch nichts!“ Die Besitzenden haben eine solche Macht, daß der Widerstand der Besitzlosen vergeblich ist. Man muß die Sache eben nehmen, wie sie ist, und sich mit den bestehenden Zuständen abfinden. Nach zwei Seiten spiegelt dann die Phantasie der Hoffnung den Menschen einen Trost vor. Die eine Hoffnungs-Phantasie lehrt, daß man durch Fleiß, Sparsamkeit, Glück und Verstand doch auch Aussicht hat, einmal mit zu sitzen am Tische der Mächtigen und Reichen und dann sich der heutigen Ordnung

freuen kann, die das Glück diesen Kreisen sichert. Die andere Hoffnungs-Phantasie reicht über das Grab hinaus und zeigt dort in den erträumten Gefilden, von welchen noch Niemand wiedergekehrt ist, von welchen noch Niemand berichtet hat, einen Märchen-Zustand, in welchem das Gute ganz sicher belohnt, das Böse ganz sicher und ganz gerecht bestraft wird. Man kann sich den Zustand und das Glück der Seligen, die Leiden der Verdammten ausmalen, wie man will und hat dabei auch wirklich die Farben nicht gespart. Es kann Niemand beweisen, daß diese tröstlichen Bilder falsch sind. Der Glaube aber verlangt keinen Beweis, er glaubt, und er glaubt das am leichtesten, was ihm angenehm, gut und gerecht zu sein scheint. Man gewinnt diese Trugbilder des Glaubens lieb, vertieft sich darin so, daß man sie mit Fanatismus, mit Zorn und wilder Wuth gegen die Zweifel der Vernunft vertheidigt.

Zu diesen Gründen, die die Trägheit der Massen trotz Druck, Noth und Knechtschaft aufrecht erhalten, kommen noch Einrichtungen, die die Besitzenden aus Klugheit als Vorbeugungsmittel benutzen, je nachdem die Massen mehr oder weniger zur Erkenntniß kommen und ihre Trägheit zu schwinden beginnt.

So lange die Masse des Volkes in stumpfer Gleichgiltigkeit ihr trauriges Loos trägt, ja in der Meinung, daß sei so eines Gottes Wille, die Noth und die Knechtschaft als unabänderlich hinnimmt und sich in Demuth, Geduld und was man Zufriedenheit nennt, was aber nur dumpfe Gewöhnung ist; mit den schrecklichsten Zuständen abfindet, da braucht man sich um sie garnicht zu kümmern, wenn man über die nöthigen Söldner verfügt, die einen planlosen Verzweiflungsausbruch mit der schießenden Flinte, dem hauenden Säbel und der pfeifenden Kartätsche schnell genug niederwerfen kann. Dieses Mittel ist billiger als alle Wohlfahrtseinrichtungen, weil man es doch auch neben diesen nicht entbehren kann. Sowie aber Erkenntniß in die Massen einzieht, dann wird es nöthig, daß man den leidenden Besitzlosen allerlei Erleichterungen reicht, die ihre Geduld stärken, in ihnen den Glauben erweckt, man wolle ihnen wirklich aus Menschenliebe und nicht nur aus Furcht helfen. Der Schwindel der Wohlfahrtseinrichtungen beginnt. Er wächst sich sogar zu der Verspottung der Arbeiternoth aus, daß Arbeiter selbst in ihren Organisationen sich an diesem Schwindel betheiligen und den Besitzenden helfen, die Arbeiter zu entwaffnen und zu entmannen, der Unzufriedenheit ihre Triebkraft zu nehmen und dadurch die heutige Ordnung, die Noth und Knechtschaft der Besitzlosen bringt, zu sichern und aufrecht zu erhalten.

So sehen wir also als Schützer der Ordnung, der Ausbeutung hinter einander aufmarschiren: den Mißbrauch des religiösen Gefühls im Volk, die die heutige Ordnung als eine göttliche, unantastbare hinstellt; die Angst und den Schrecken vor der überlegenen Macht der besitzenden Klassen; die Hoffnung, daß es dem Einzelnen möglich sei, aus

eigener Kraft die Noth und die Knechtschaft zu überwinden; die Hoffnung, daß eine göttliche Gerechtigkeit jenseits des Grabes Lohn und Strafe ordnen werde; die Klugheit der Besitzenden, die dann, wenn die Unzufriedenheit der Besitzlosen bedrohlich wird, durch kluge Veranstaltungen (Wohlfahrtseinrichtungen, Sozialreformen) zu beschwichtigen suchen, um mit möglichst wenig Kosten die Ausbeutung aufrecht zu erhalten und schließlich sogar die Arbeiter selbst veranlassen, ihnen auf diesem Wege zu folgen.

Wir sagen nicht, daß wir damit alle Ursachen genannt haben, die trotz Noth und Knechtschaft die Unzufriedenheit der Besitzlosen so stark eindämmt, es giebt noch andere, z. B. Feigheit und Verrath in den eigenen Reihen, Herrschsucht der Führer, die Zwietracht säen, Lüge und Verleumdung, Unterdrückung und Ungerechtigkeit und noch vieles, vieles andere wirken mit und erschweren den Kampf der Besitzlosen um Befreiung, aber die genannten sind in großen Zügen die Hauptursachen. Sie alle fließen aber aus einer einzigen Quelle. Das ist:

Der Unverstand der Massen,

die Dummheit, die Unbildung, der Mangel an Wissen und Einsicht.

Es ist deshalb durch alle Einrichtungen der heutigen Ordnung in Staat, Kirche und Gesellschaft dafür gesorgt, daß dieser Zustand der heiligen Dummheit nicht weiter gestört wird, als es durchaus nothwendig ist. Glücklich für die Besitzlosen, zum Unglück für die Besitzenden ist es nicht möglich, die Besitzlosen von der Bildung abzusperren, wie man es gerne möchte. Ein Minister sagte ganz vor Kurzem im preußischen Landtage, daß es ihm lieber wäre, wenn die Arbeiter garnicht lesen könnten, als daß sie sozialdemokratische Zeitungen lesen. Er sprach damit ohne Zweifel die Meinung eines sehr starken Bruchtheiles seiner Klassengenossen aus. Die Anforderungen, die die heutige Industrie aber an die Arbeiter und an die kleinen selbständigen Betriebsunternehmer stellt, verbunden mit den Anforderungen, die der Staat selbst an die Einsicht der Massen stellen muß, machen einen ziemlichen Grad von Schulbildung durchaus erforderlich. Die Schulbildung wird, ebenso wie die Wohlfahrtseinrichtungen, dem Volke nicht aus Menschenfreundlichkeit, nicht aus Wohlwollen gegeben, sondern weil sie im inneren und ausländischen (internationalen) Wettbewerb unerläßlich sind. Gebe es keine starke Industrie und keinen schneidigen Wettbewerb, dann könnte man die Volksschulen wieder einziehen, und das Volk ohne Unterricht aufwachsen lassen. Die Junker und Pfaffen wissen ganz genau, was sie treibt, wenn sie Todfeinde von Handel und Industrie sind. Einer ihrer wichtigsten Gründe dafür ist, daß sie nothwendig die Volksbildung heben müssen und dadurch den Unverstand der Massen allmählich lichten, was eine große Gefahr für die heutige „Ordnung“ ist.

So sieht das Schlachtfeld aus, auf dem die Besitzlosen heute

ihren Kampf um die Befreiung von Noth und Knechtschaft kämpfen müssen.

Auf der einen Seite liegt der Haufe der besitzlosen Massen im dumpfen Unverstande gefesselt von einem mißbrauchten Glauben, einer durch Gewohnheit ihm weniger fühlbaren Noth und Knechtschaft, von der Angst vor weltlichen und geistlichen Schrecken, vor Polizei und Soldaten, vor Hölle und Teufel; geblendet von einer falschen und verlogenen Arbeiterfreundlichkeit, die ihm in Wohlfahrtseinrichtungen, Sozialreformen und Versprechungen neue Fesseln zu schmieden sucht.

Auf der anderen Seite stehen die verhältnißmäßig noch sehr geringen Haufen, die begünstigt von der Nothwendigkeit der heutigen Ordnung, die sich selbst ihr Grab graben und ihre Todtengräber erziehen muß, mit allen möglichen Mitteln sich bemühen, den dumpfen Unverstand zu brechen, die Nacht zu lichten, den Besitzlosen das Verständniß für die Schäden der heutigen Ordnung zu eröffnen, ihre heilige Unzufriedenheit mit den unleidlichen Zuständen, die sie ihrer Menschenwürde beraubt, zu erwecken und ihr Handeln nach einem planmäßigen Ziele zu leiten, wie es die heutigen Umstände erfordern, damit die möglichst größesten Erfolge der gemeinsamen Arbeit erzielt werden.

Die Arbeit ist groß und schwer, der befähigten Arbeiter sind so wenig. Die „Erfolge", mit welchen sich die lärmende Prahlerei brüstet, sind leider noch so sehr geringe.

Was ist bis heute wahr geworden von dem stolzen Traum Lassalle's, daß er durch das gleiche Wahlrecht siegen wollte?? Seit mehr als dreißig Jahre haben wir das allgemeine Wahlrecht, aber der Unverstand der Massen hat diese Waffe zu einem hölzernen Säbel, zu einer Kinderpistole gemacht, mit der man zwar knallen, aber nicht tödten kann. Wir sind nicht gegen das Wählen und gegen das Mitarbeiten im Parlament, aber die dabei erzielten „Erfolge" vertragen das Rühmen nicht. Außerdem ist das ganze Wahlrecht nicht so gesichert, daß es nicht eines Tages in eine Versenkung stürzen und sterben könnte, ohne daß mehr als ein ohnmächtiges Geschrei die Folge wäre.

Das ist die Folge davon, daß der Unverstand der Massen noch so dicht, noch so schwer uns umlagert.

Nun haben wir im Vorhergehenden gezeigt, daß aus einer rein außerhalb der Volksbewegung liegenden Ursache einzig und allein in Deutschland eine Trennung der Organisationen der Arbeiter in zwei Zweige nothwendig geworden ist. Diese Trennung ist, wie wir auch schon hervorhoben, ganz gegen den Organisationsplan der ersten Gründer der sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen in Deutschland nothwendig geworden.

Wir haben es nicht vermeiden können, neben der Organisation für die politischen Zwecke, für die Wahlen, die Aufbringung der Mittel, das Ordnen der Geschäfte der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und für den gewerkschaftlichen Kampf auf dem Boden der heutigen

Ordnung um günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zwei getrennte Organisationen zu schaffen, die in den Hauptsachen aus denselben Personen bestehen müssen, nur mit verschiedener Gruppirung.

Die Gemeinschaft dieser beiden Organisationen ging so weit, daß man an einigen Orten verlangte, was wir freilich für einen Mißbrauch hielten, das was zur politischen Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands gehöre und in ihr ein Amt bekleiden wolle, auch der gewerkschaftlichen Organisation angehören müsse.

Nun wurde von Anfang an die Zusammengehörigkeit dieser beiden Organisationen auch anerkannt. Als durch das Sozialistengesetz die Agitation der politischen Organisation gelähmt war, hat die gewerkschaftliche Organisation diese Agitation mit doppeltem Eifer aufgenommen.

Im Jahre 1880 begannen die Fachvereine die durch das Sozialistengesetz zersprengten Trümmer der sozialdemokratischen Partei zu sammeln und die Parteianschauungen wieder auszubreiten. Die gewerkschaftlichen Versammlungen gaben geschickten und begabten Rednern gute Gelegenheit, die Ziele der Sozialdemokratie zu erörtern. Man beliebte damals die Gewerkschaften, und nicht mit Unrecht, die Schule der Sozialdemokratie zu nennen. Hamburger hervorragende Führer erklärten die Fachvereine für werthlos, wenn sie nicht die sozialdemokratische Politik fördern wollten oder könnten.

Die Folge davon war, daß die Fachvereine der Sozialdemokratie so wichtige Dienste leisteten, daß diejenigen Sozialdemokraten, die damals der gewerkschaftlichen Bewegung mißtrauisch und ablehnend entgegenstanden, ihr Mißtrauen fahren ließen. Die gewerkschaftliche Bewegung dieser Zeit war wirklich keine Feindin, sondern eine sehr nützliche Helferin der politischen Bewegung und sie gedieh dabei ebenso gut.

Nun ist freilich nicht ausgeschlossen, daß die gewerkschaftliche Bewegung dazu ausarten kann, die „Zufriedenheit" mit der heutigen Ordnung bei den Arbeitern zu unterstützen, ihnen falsche Begriffe von der heutigen „Ordnung" beizubringen. Ihre Ziele liegen ganz auf demselben Gebiete, auf dem heute die Versuche zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gemacht werden, die wir jetzt etwas näher betrachten wollen.

Die Taktik der Gegner der Arbeiterbewegung.

Die vorstehenden Ausführungen haben gezeigt, daß die Arbeiterbewegung zwei Wege verfolgen muß, erstlich indem sie die heutige kapitalistische, privatwirthschaftliche Ordnung angreift, bekämpft und zu beseitigen trachtet, um die gesammte wirthschaftliche Ordnung durch eine andere, gesellschaftliche (kommunistische), der Arbeit zu ihrem Rechte verhelfende Ordnung zu ersetzen, in der das Kapital nicht im Dienst einiger weniger Personen steht und

nur zu deren Nutzen verwendet wird, sondern der Gesammtheit gehört und ihr im Gemeinnützigen dient; und zweitens, indem sie auf dem Boden der heutigen Ordnung die Lage der Arbeiter nach Möglichkeit zu verbessern strebt. Diese Ziele kann sie nur erreichen, indem sie den Unverstand der Massen bekämpft, die Arbeiter zu erwecken, zu erleuchten, über ihre unwürdige Lage aufzuklären sucht, sie zur Theilnahme an der Verbesserung ihrer Lage erzieht und sie mit den unleidlichen, die Gesundheit, die Sittlichkeit, die wirthschaftliche Lage und die gesetzliche Gleichberechtigung der Arbeiter gleichmäßig schädigenden Zuständen unzufrieden machen muß. Sie muß ihnen zeigen, daß nicht einzelne Personen und deren Böswilligkeit an der Noth und der Knechtschaft der Arbeiter schuld sind sondern daß die heutige Ordnung selbst dem besten Willen der mächtigsten Personen eine enge, nicht zu übersteigende Schranke setzt, wenn sie den bösen Zuständen Abhilfe schaffen wollen.

Die Taktik der Feinde der Arbeiterbewegung, die von den heutigen Zuständen Nutzen haben, die gerade auf dem Unverstande der Massen aufgebaut sind, ihn zur Voraussetzung haben, ist dadurch fest bestimmt. Sie werden von ihrem Standpunkt aus den Unverstand der Massen zu erhalten suchen.

Dazu wird es also zuerst nothwendig sein, so viel als möglich den Aposteln der neuen Lehren, die da kommen, um der geistigen Trägheit des Lebens, der dumpfen Umnachtung des Gehirnes der Massen das Licht und die Aufklärung, die Erkenntniß der Wahrheit und damit die Unzufriedenheit zu bringen, den Zutritt zu den Arbeitern zu erschweren, die Arbeiter von ihnen fern zu halten. Zum andern werden sie die Arbeiter in der Ueberzeugung erhalten müssen, daß sie auch auf dem Boden der heutigen Ordnung so wesentliche Verbesserungen ihrer Lage durch die eigene Anstrengung in Organisationen, durch das menschliche Erbarmen der Betriebsunternehmer und der verschiedenen Menschenfreunde und durch die Hilfe des heutigen Staates erreichen können, daß sie dazu des Zukunftsstaates der Sozialdemokratie sehr wohl entbehren können. Es muß den Arbeitern die Ueberzeugung beigebracht werden, daß die heutige Ordnung von Grund aus weise, gut und durchaus genügend ist, daß nur einzelne „Auswüchse", die freilich leider vorhanden sind, die Lage der Arbeiter in manchen einzelnen Fällen zu einer unleidlichen machen, die heutige Gesellschaftsordnung aber hinreichende Mittel und auch den guten Willen hat, wenn die Arbeiter ihrerseits dabei mithelfen wollen, in Abstellung von Uebelständen alles das was thunlich und möglich ist zu leisten. Dieses Thunliche und Mögliche sei aber durchaus genügend, um die Arbeiter in allen ihren berechtigten Forderungen durchaus zufrieden zu stellen. Dieses wird freilich nicht sofort geschehen; denn man kann die Sache nicht über das Knie brechen, sondern man muß allmählich und schrittweise mit Ueberlegung vorwärtsschreiten. Die Arbeiter sollen zur Ueberzeugung gebracht werden, daß nicht nur der gute Wille vorhanden ist, sondern daß schon sehr viel in dieser Richtung geschehen ist und also noch viel mehr zu erwarten steht.

Diesen Grundsätzen entsprach denn auch die Politik, daß man durch das Sozialistengesetz die Organisationen der Sozialdemokratie zu zerstören, ihre Presse und Agitatoren zu unterdrücken suchte und daneben die sogenannte „Sozialreform" einzuleiten begann, die in der Kranken-, Unfall- und Invaliditäts-Versicherung zum Ausdrucke kam. Ein Viertes, das „Recht auf Arbeit", das die wirthschaftliche Lage der Arbeiter mit einem Schutz umgeben sollte, so lange der Arbeiter gesund und arbeitsfähig war, lag auch im Plane dieser Taktik, es mußte aber sofort zurückgestellt werden, weil es eben mit der heutigen Ordnung sich ganz unvereinbar erwies. Dafür suchte man durch sogenannte „Wohlfahrtseinrichtungen" verschiedener Art die Lage der gesunden und leistungsfähigen Arbeiter hier und dort zu verbessern, ohne der Ausbeutung der Arbeitskraft eine Schranke zu setzen und die sogenannten „Arbeiterschutzgesetzgebung" mit der Fabrikenaufsicht durch die Gewerbeinspektoren sucht den Arbeitern einen sehr lückenhaften und von den Ansprüchen des Kapitals vielfach beschränkten und durchlöcherten Schutz für Gesundheit und Sittlichkeit zu gewähren. Hiermit hoffte man auf dem Boden der heutigen Ordnung die Arbeiter zufrieden zu stellen und sie von dem Einfluß der Sozialdemokratie abzulenken.

Diese Absicht ist so vielfältig amtlich und deutlich ausgesprochen, daß man über Zweck und Absicht aller dieser Schritte keinen Augenblick im Zweifel sein konnte.

Nun ist von vorne herein klar, daß diese gegen die Sozialdemokratie gerichteten Schritte zur Verbesserung der Lage der Arbeiter sich durchaus innerhalb der Bestrebungen der sozialdemokratischen Agitation halten, die als der zweite Theil sowohl des alten Programms der deutschen sozialdemokratischen Partei, als auch des neuen Erfurter Programms bekannt sind. Die Sozialdemokraten haben, wie auch aus den vorhergehenden Mittheilungen hervorgeht, von Anfang an die Verbesserung der Lage der Arbeiter auf dem Boden der heutigen Ordnung in ihrem Programm gehabt, und es ist dazu keine sogenannte Mauserung der Sozialdemokratie nothwendig gewesen, wie es einige gegnerische Gansköpfe annehmen. Unsere gewerkschaftliche Bewegung, die sich aus Gründen des Vereinsrechts von der politischen Bewegung leider hat sondern müssen, geht also in der Hauptsache wirklich denselben Weg, den die Feinde der Arbeiter gehen, wenn auch aus anderen Gründen. Hierin liegt ohne Zweifel eine Gefahr, die aber nicht zu vermeiden ist. Es kann, ja es muß sogar vorkommen, daß die gewerkschaftliche Bewegung auf Grund des sozialdemokratischen Programms zusammengeht mit den Verbesserungsbestrebungen der Arbeiterverhältnisse auf dem Boden der heutigen Ordnung, die von unseren Gegnern erstrebt werden, um der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben.

So weisen wir hier nur auf einen Fall hin. Als es galt, die Sonntagsruhe einzuführen, waren in dem Kampfe voraus die Pfaffen. Sie strebten die Einstellung der Arbeit am Sonntage an, um eine bessere Sonntagsheiligung, wie sie es nannten, zu erreichen. Sie

glaubten durch die Sonntagsruhe mit einiger Nachhilfe die Arbeiter zu fleißigen Kirchengängern machen zu können. Sie verzichteten bei verschiedenen Berufsarten auf die genaue Durchführung der Sonntagsruhe, wenn ihnen dafür versprochen wurde, daß den Arbeitern, die am Sonntag in der Regel arbeiten mußten, ab und zu die Gelegenheit gegeben würde, dem sogenannten „Gottesdienste" beizuwohnen. Die Sozialdemokraten traten auch für die Sonntagsruhe ein, aber um der Arbeiter selbst willen. Sie verlangten aus sittlichen und gesundheitlichen Rücksichten einen wöchentlichen Ruhetag, und stimmten dem bei, daß dieser Ruhetag in der Regel für die Arbeiter auf den Sonntag falle, weil dieser Tag am leichtesten zu haben wäre. Wer am Sonntage arbeiten müsse, dem solle ein anderer Wochentag freigegeben werden. Es genügte unseren Genossen durchaus nicht, daß für den freien Sonntag ab und zu eine Zeit zum Kirchengehen gewährleistet wurde. Die Arbeiter sollten den freien Tag, ob Sonntag oder Wochentag zur Erholung und zur geistigen Erfrischung in Natur und Gesellschaft benutzen. So waren wir und die Pfaffen in der Sache einig, in den Beweggründen aber sehr verschieden.

Aehnliche Fälle können und müssen oft vorkommen. Es kann öfters eine Waffenbrüderschaft in einzelnen Fällen mit diesem oder jenem besonderen Theil unserer Gegner eintreten. Es kann nöthig werden bei Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit Gegnern zusammen zu arbeiten, in Bezug auf Arbeiterschutz mit ihnen dieselben Wege zu gehen. Daraus kann gar keine Gefahr entstehen, so lange die sozialdemokratischen Arbeiter dabei unter der Aufsicht der Partei und in unmittelbarer Berührung mit ihr bleiben. So lange sie sich bewußt bleiben, daß sie Sozialdemokraten sind, daß all diese Verbesserungen auf dem Boden der heutigen Ordnung enge Grenzen haben, über die sie nicht hinauskommen können, daß diese Grenzen sich sowohl auf das zu erreichende erstrecken, als auch auf die Zahl und die Kreise der Arbeiter, die daran theilnehmen, so lange ist keine Gefahr, daß die Arbeiter sich wegen dieser begrenzten Verbesserungen ihrer Lage von der Sozialdemokratie abwenden und sich wieder mit der heutigen Ordnung aussöhnen. Es wird ihnen immer in Erinnerung gebracht werden, daß die nicht sozialdemokratischen Arbeiterfreunde ihr arbeiterfreundliches Herz erst entdeckt haben, als die Furcht vor der Sozialdemokratie begann. Vorher hielten sie es alle für genügend, wenn durch brutale Gewalt, durch Vereinigungsverbote, durch Gefängniß, Zuchthaus, Prügelstrafe, Ohrabschneiden u. s. w. den Arbeitern der Widerstand gegen die roheste Ausbeutung, gegen die unverschämtesten Schädigungen ihrer Gesundheit, Sittlichkeit, wirthschaftlichen Lage und gesetzlichen Gleichberechtigung gebrochen und unmöglich gemacht wurde. Für die landwirthschaftlichen Arbeiter und für das „Gesinde" hält man ja noch heute jedes Koalitionsrecht, jeden Arbeiterschutz für unnöthig, weil sie den Kapitalisten schädlich sind und die Sozialdemokratie in diese Kreise noch nicht soweit eingedrungen ist, daß man den Arbeitern

entgegenkommen müßte. Man wird dann auch nicht unterlassen, den Arbeitern deutlich zu zeigen, wie ganz ungenügend, wie durch Ausnahmen unterbrochen, durch Flickwerk entstellt, all die zum Wohl der Arbeiter getroffenen Maßregeln sind.

Erst wenn sich die gewerkschaftliche Bewegung von der Sozialdemokratie loslöst, kommt sie in die Gefahr, in den Dienst der Zwecke unserer Gegner geschoben zu werden.

Das haben diese in amtlicher Stellung und die im Privatleben denn auch schnell genug klar eingesehen.

Zur Zeit des Sozialistengesetzes wurden die Gewerkschaften, die als Theile der Organisation der Sozialdemokratie erkannt waren, welchen es ernst damit war, sich als Vorschule für die Sozialdemokratie zu bewähren, ohne Erbarmen unterdrückt und vernichtet.

Als dann nach einiger Zeit die gewerkschaftlichen Organisationen wieder erstanden und einige davon, wie z. B. der Marzianische Zimmererverband sich, wie man jetzt sagt, „neutralisirte", die anderen nur mit mehr oder weniger Vorsicht ihre sozialdemokratische Richtung zu verwirklichen suchten, wurden die ersteren von den Behörden mit sehr kennlichem Wohlwollen behandelt und von den Privatgegnern mit Lobsprüchen für ihre Absage an die Sozialdemokratie überhäuft. Man erklärte die Leiter für kluge und einsichtige Männer, streichelte sie und schmeichelte ihnen, wie man es etwa einem Hunde thut, der seinem Herrn durch Herausholen einer Ente aus dem Wasser einen Dienst geleistet hat; und sie fühlen sich dadurch geehrt und gehoben. Man erwartet nicht mit Unrecht, daß in diesen von der Sozialdemokratie abgelösten Organisationen, die sich selbst jetzt, nachdem das Sozialistengesetz seit zehn Jahren außer Kraft getreten und das Verbindungsverbot der politischen Vereine aufgehoben ist, dazu also ein Grund aus der Gesetzgebung gar nicht mehr vorhanden ist, von der politischen Arbeit, von dem Kampfe gegen den Unverstand der Massen, von der Ausbreitung der sozialdemokratischen Gedanken abwenden, auf die offene Möglichkeit der Aufhellung der Köpfe ihrer Mitglieder verzichten, die Gedanken leicht Eingang finden werden, daß auch auf dem Boden der heutigen Ordnung für die Arbeiter Genügendes zu erreichen wäre und man daher seinen Frieden mit der heutigen Ordnung machen könne.

Diese Gefahr ist um so näherliegend, das wissen unsere Gegner, als es nicht die Eigenschaft der Massen ist, einen Kampf lange und ausdauernd weiterzuführen, wenn nicht die Erfolge sich erkennen lassen. Bis jetzt haben den Massen freilich die gewonnenen Parlamentssitze und die Sitze in den Gemeindeverwaltungen als „Erfolge" gegolten.

Man ist zufrieden gewesen, wenn man sah, wie kräftige Vorstöße im Parlament und gute Reden auch auf die Gegner wirkten. Dabei haben wir einen wackeren Verbündeten, das ist der Unverstand des Unternehmerthumes, der an Dichtigkeit und Schwere dem der Volksmassen durchaus nichts nachgiebt. Dieser Unverstand

des Unternehmerthums macht die beste Strategie der einsichtigeren Personen im Amte und in der privaten Sozialistenbekämpfung zu nichte. Die „Herren im Hause", die die Gleichberechtigung der Arbeiter nur verhöhnen, die Profitjäger, welchen Rücksichten auf Gesundheit und Sittlichkeit der Arbeiter ein übertriebener Humanitäts-Dusel ist, die 36 Arbeitsstunden hintereinander verlangen, die vor Wuth heulen, wenn das Gesetz von ihnen Schutz für Frauen und Kinder, gesunde Arbeitsräume für die Arbeiter verlangt oder wenn die Arbeiter Anspruch auf einen zum Leben auskömmlichen Lohn oder gar auf anständige Behandlung machen.

Dieser Unverstand reizt und erbittert die Arbeiter immer wieder und bildet ein Hinderniß, daß sie ihren Zusammenhang mit den Sozialdemokraten so schnell verlieren. Aber ohne Berechtigung sind die Hoffnungen unserer Gegner doch nicht, wenn sie erwarten, daß sie auf die „neutralen" Gewerkschaften Einfluß gewinnen und sie zur Feindschaft mit der Sozialdemokratie bringen werden. Schon der Rath, den z. B. die Christlich-Sozialen ihren Anhängern geben, in die „neutralen" Gewerkschaften einzutreten und dort zu versuchen, die Führung zu erlangen, kann nicht als aussichtslos betrachtet werden. Er hat schon an einer und der anderen Stelle praktische Erfolge gehabt und kann leicht noch an anderen Stellen Erfolg haben.

Wie will man das verhindern, wenn wir, die Sozialdemokraten, wir, die wir eine ganz neue Weltanschauung den Massen bringen, die ihnen so ungewohnt, so gegen Alles gerichtet ist, was ihnen von Jugend auf eingetrichtert und eingebläut ist, das zu befestigen und festzuhalten vom Staate mit riesigen Kosten Priester, Lehrer, Richter und Polizisten gehalten werden, wenn wir in großen und mächtigen Organisationen, die zur Aufklärung, zur Agitation die beste Gelegenheit geben und sie gerade erfordern, auf die Agitation, auf die Belehrung, auf die Aufklärung verzichten, wenn wir von der Quelle unserer Macht, von dem Born, in welchem das Trinkwasser fließt, von dem Ursprunge des Lichtes und der Erleuchtung der Arbeiter, von der deutschen sozialdemokratischen Partei abrücken, möglichst weit abrücken, ihr die Zusammengehörigkeit, die seit Anfang der gewerkschaftlichen Bewegung bis heute bestand, kündigen, sie aufheben.

Warum?

Weil man befürchtet, daß beide Organisationen sonst zusammenfließen müssen, weil sie daran nichts mehr hindert und alsdann — eine Anzahl von leitenden Personen die mühsam eroberten Stellen verlieren würden.

Die Taktik der neutralisirten Verbände.

Wir sagten schon vorher, der Streit zwischen sogenannten „Zentralisationen", die vor der Aufhebung des Verbindungsverbotes für politische Vereine auf die politische Agitation vollkommen

verzichten mußten und den sogenannten „Lokalorganisationen", die in lokalen Fachvereinen Politik treiben durften und sie trieben und sich nebenbei für die Gewerkschaften eine unpolitische Vertrauensmänner-Zentralisation schufen, ist in Bezug auf die größere Zweckmäßigkeit des gewählten Weges heute ganz überflüssig geworden. Beide Zentralisationen können heute dasselbe auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete leisten, wenn sie wollen. Die Vertrauensmänner-Zentralisationen haben es ganz in ihrer Gewalt, ohne die politische Richtung ihrer Vereine aufzugeben, sie direkter und fester zu zentralisiren, als es ihnen vorher möglich war. Sie können dadurch eine größere Vereinfachung ihrer Zentralisationen erreichen, wenn sie wollen, sie können, wenn sie wollen, sich die ganze Bureaukratie der alten Verbände leisten, gemeinsame große Geldtöpfe anlegen, dabei mit Hunderttausenden und manchmal sogar mit fast Millionen protzen. Sie werden dadurch auf nicht sehr aufgeklärte Kollegen und Kameraden sicherlich Eindruck machen. Diese werden glauben, wer weiß wie große Sicherheit ihnen nun durch die Million bei Ausständen geboten ist. Sie werden bei Ausständen in kleinen Orten auch unfehlbar, wenn solcher Ausstände nicht zu viel zu derselben Zeit kommen, auch sicherlich ihre Unterstützung aus dem großen Sparpott erhalten. Man braucht aber nicht besonders darauf hinzuweisen, daß dieser schöne Schein schnell verschwinden wird, wenn bei eintretendem Rücklauf der heutigen Geschäftskonjunktur die Unternehmer die Löhne im Allgemeinen herabzusetzen beginnen werden.

Dann werden die großen Aussperrungen, die die Führer der Unternehmer heute schon planen, wahrscheinlich zur That werden. Heute sind sie in Deutschland niemals recht ernst geworden. Wenn die Unternehmer eines Faches und an einem Orte, wie z. B. die Bauunternehmer in Berlin im vorigen Jahre, sich heute auch in solch eine Aussperrung hineinsetzen lassen, sie suchen so schnell als möglich aus diesem Sumpfe wieder an Land zu kommen. Die Verluste, die sie auch mit der Streikklausel erleiden, sind zu hoch und zu schwer zu tragen.

Das wird natürlich Alles anders bei schlechtem Geschäftsgange und hohen Löhnen aus der guten Zeit. Dann liegt keinem Unternehmer etwas daran, daß die Arbeit fortgesetzt wird. Eine Zeit des Stillstandes kann ihm sogar vortheilhaft erscheinen. Dann wird man sehr bald sehen, wie solche Streikspartöpfe sich schnell leeren werden. Wir werden also immer nicht dazu kommen können, sie unseren ehemaligen Lokalorganisationen zu empfehlen. Aber das geschieht nur nicht aus Zweckmäßigkeitsgründen, nicht grundsätzlich.

Auch die Unterstützungskassen brauchen wir nicht grundsätzlich zu verwerfen. Wir können sie, wo es für zweckmäßig gehalten wird, immer einführen.

Im Grunde genommen zahlen ja jetzt schon eine ganze Reihe unserer Organisationen Reiseunterstützung, geben Rechtsschutz und Zuschuß zur Krankenunterstützung in mehr oder weniger ausgedehnter Weise.

Wir betrachten diese Leistungen als durchaus nebensächlich und machen sie nicht zum Eckpfeiler unserer Organisationen. Diese Unterstützungseinrichtungen sind mit den ersten Anfängen unserer Organisationen meistens gleichzeitig entstanden.

In all diesen Sachen besteht also kein grundsätzlicher Gegensatz mehr zwischen den Verbandszentralisationen und unserer Zentralisation der Lokalorganisationen. Sobald die Verbände nun auch von der Befreiung durch die Aufhebung des Verbindungsverbotes Gebrauch machen würden, und dem sozialdemokratischen Gedanken, der sozialdemokratischen Agitation ihre Organisationen öffnen wollten, so gäbe es wirklich zwischen uns und ihnen keinen grundsätzlichen Unterschied, sondern nur vielleicht eine verschiedene Auffassung in taktischen Fragen, wie weit eine Zentralisation noch zweckmäßig ist, und wo sie sich als Hemmniß der Entwickelung darstellt.

Nun, wir haben schon gezeigt, daß die Führer der Verbändler jetzt einem ganz anderen Ziele nachstreben. Sie rücken von der Sozialdemokratie ab. Sie, die früher auf den Parteitagen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands nicht laut genug die Zugehörigkeit der Gewerkschaftsbewegung zur Sozialdemokratie betonen konnten, die dieserhalb besondere Bevorzugung und Anerkennung von der Partei, besondere Hilfe und Unterstützung von ihr verlangten und sich schwer darüber beklagten, daß davon ihnen nicht genug zu Theil wird, wenden jetzt der sozialdemokratischen Partei den Rücken, wollen sie nicht kennen, verleugnen sie, und sprechen von unpolitischen neutralen Vereinen.

Was sie damit wollen, das haben wir schon ausgesprochen. Sie wollen der Aufsaugung durch die Sozialdemokratie vorbeugen, sie wollen dem entgehen, daß doch vielleicht die Einsicht sich durchbricht, zwei Organisationen für dieselben Arbeiter sind zu viel, eine kann Alles allein und viel billiger ebenso gut machen und der Sozialdemokratie können durch die Vereinfachung der Organisation neue Kräfte zugeführt werden, ihr können neue Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Die Führer der Verbändler haben heute den nicht weniger ehrgeizigen Plan, den die alte Hamburgerei hatte, jetzt aus der gesammten gewerkschaftlichen Bewegung Deutschlands eine einheitliche Macht herzustellen, mit welcher man wieder, wie früher es beabsichtigt war, in den sozialpolitischen und politischen Kämpfen der Zukunft ein entscheidendes Wort sprechen können würde.

Und gewiß würde dieses auch wirklich erreicht werden, wenn dafür nur eine Aussicht vorhanden wäre, daß diese Einigung erreicht werden könnte. Dazu stehen die Sachen aber durchaus nicht günstig.

Alle Parteien, die glauben, der Arbeiter als politische Helfer zu bedürfen, haben heute, wie schon bei Beginn der gewerkschaftlichen Bewegung im Jahre 1868, ihr Augenmerk auf die gewerkschaftlichen Organisationen gerichtet. Sie sammeln in besonderen Gewerkschaften die ihnen noch anhängenden Arbeiter unter ganz offener oder mehr verschleierter Vorantragung ihrer politischen Fahne.

Voran marschiren die von den Unternehmern selbst gebildeten gewerkschaftlichen Vereine, in welche sie alle diejenigen Arbeiter einladen, die im Frieden und Vertrauen auf den guten Willen der Betriebsunternehmer im Zusammenarbeiten mit ihnen ihre Lage verbessern wollen. Sie versprechen ihnen Berücksichtigung und Bevorzugung vor anders organisirten Arbeitern. Es fallen in diese Klasse die Poliervereine und Zwischenmeister-Vereine, die Akkordarbeitervereine der Maurer u. s. w.

Die Zahl dieser Organisirten ist vielleicht nicht sehr groß, weil man ihnen in der Regel das nicht hält, was man ihnen versprochen hat.

Daß die freisinnigen Gewerkschaften, die Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine heute noch immer fortleben und sogar an Umfang zunehmen, ist nicht in Abrede zu stellen. Wir glauben, daß in nicht langer späteren Zeit, wenn diese Organisationen eine begabtere und nicht so manchesterlich verknöcherte Leitung bekommen würden, ihre Zahl ganz erheblich wachsen möchten. Die beste Agitation machen ihnen ja eben unsere Verbändler, die sich ganz zu ihren praktischen Grundsätzen bekennen. Wir glauben, daß bei der Richtung, die die sozialdemokratischen Verbände genommen haben, es nur eine Frage der Zeit ist, wenn die freisinnigen Gewerkschaften, die ja auch behaupten, „neutral" zu sein, wieder aufblühen werden.

Dann sind die Gewerkvereine zu beachten, die ihre Politik unter dem Vorwande des Christenthumes gegenüber der angeblich religionslosen oder kirchenfeindlichen Sozialdemokratie verhüllen. Sie machen in letzter Zeit nicht zu verachtende Fortschritte, weil gerade der katholische Klerus eine zweckmäßige Form für seine Agitation gefunden zu haben scheint und seine kapitalistische Bundesgenossenschaft mehr zurücktreten läßt. Außerdem haben wir die Macht dieses Klerus auf die Arbeiter, besonders durch Vermittelung der Frauen, nie unterschätzt. Auch der evangelische Klerus ist heute stramm an der Arbeit und hat einige Erfolge aufzuweisen.

Wenn wir nun noch der fabianistischen Richtung erwähnen, derjenigen Gegner der Sozialdemokratie, die sich an sie und ihre Organisationen herandrängen, um sie unter dem Vorgeben der sozialreformatorischen Arbeiterfreundlichkeit in das Lager des Kapitalismus zurück zu führen; wenn wir hierzu die Christlich-Sozialen der Naumannschen und anderer Richtungen rechnen, so haben wir nur die Hauptzweige der gewerkschaftlichen Bewegung besprochen, die sich nicht auf das sozialdemokratische Programm von Anfang an stellten. Alle diese Vereinigungen haben die ausgesprochene Absicht, der Sozialdemokratie Abbruch zu thun und mehr oder weniger den Kampf um günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen aus den Händen der Sozialdemokratie zu nehmen, ihm überhaupt den Charakter des Klassenkampfes zu nehmen, ihn in Harmonie mit den Unternehmern zu führen oder mindestens doch diese Harmonie, wo sie in die Brüche gegangen ist, wieder herzustellen.

Die Leiter dieser Organisationen sind nicht Personen, die man leicht nehmen kann. Die meisten von ihnen sind den Führern, die die Verbändler zur Verfügung haben, in Einsicht, Wissen und Gewandheit weit überlegen. Solche Artikel, wie z. B. Herr Legien, Herr Pörsch, Herr von Elm u. A. in der „Neuen Zeit", den „Sozialistischen Monatsheften" u. s. w. verbrechen, werden so werthlos von den Leitern der anderen Organisationen nicht geschrieben. Diese Männer verstehen es vielmehr sehr gut, den ihnen anhängenden Männern und Frauen ihre Organisationen geschmackhaft zu machen, sie ihnen ins rechte Licht zu setzen und sie darin fest zu halten. Ja, wenn die Führer in diesen sozialdemokraten-feindlichen Organisationen durch ihre Zugehörigkeit zur besitzenden Klasse manchmal mit dem proletarischen Geist ihrer Arbeiter in Zwiespalt kommen, wir verweisen auf die Haltung der christlichen Textilarbeiter beim Krefelder Ausstand, so verstehen es die Leiter dennoch, ihre Schäfchen zusammen zu halten und was etwa verprengt würde, wieder zu sammeln.

Wenn wir dagegen die abgedroschene Leier der Verbandsagitatoren orgeln hören, deren Gründe über die unrichtige und nichts beweisende Phrase nicht hinaus kommen, daß die Arbeiter sich ohne Rücksicht auf Politik organisiren müssen, weil die Unternehmer es auch thun, so muß man freilich heiter gestimmt werden, daß die Herren glauben können, durch solchen Speck viele der Mäuse fangen zu können, die nach anderen Löchern hingehen. Die Entwickelung dieser nicht sozialistischen Gewerkschaften werden die Verbändler durch ihre Neutralisirung schwer zu hindern verstehen. Was aber zu ihnen kommen wird, das sind die Fabianer, denen sie die Hausthür durch die „Neutralisation" weit geöffnet haben. Sie werden die Wirkung dieser im Dunkeln schleichenden Kräfte bald verspüren, wie sie schon in zwei oder drei Gewerkschaften die schönsten Ansätze zu solcher Entwickelung haben.

Sowohl den Hirsch-Dunkerschen, wie den christlichen, wie den fabianistischen Gegnern gegenüber giebt es nur eine Waffe bei den Arbeitern, um sie den Falschführern abzuwenden, das ist die stramme und entschiedene sozialdemokratische Agitation. Die haben die Verbändler aber aufgegeben und sie sind also waffenlos gegen die Angriffe der Gegner. Es wird ihnen also nie gelingen, das Ziel, eine einheitliche gewerkschaftliche Organisation ohne Politik in Deutschland zu erreichen. Wir hoffen sogar, daß sie in nicht langer Zeit diejenigen Sozialdemokraten verlieren werden, die ihre Ueberzeugung ernst nehmen, welchen sie nicht nur ein Prunkstück ist, daß man auf Kongressen, bei Wahlen, Festen und öffentlichen Gelegenheiten zur Schau trägt. Sondern für die sie der Inhalt ihres Lebens ist, der ihrem ganzen Denken und Handeln die Richtung giebt. Die können dann doch nicht gut heute in einer politischen Organisation Sozialdemokraten und morgen in einer gewerkschaftlichen Organisation durchaus Neutrale sein, wo sie durchaus nicht

durch das Aussprechen einer sozialdemokratischen Lehre einen braven Freisinnigen oder Zentrumsmann vor den Kopf stoßen oder einen Nationalsozialen verletzen dürfen.

Nun haben wir gezeigt, wie alle Gegner der Sozialdemokratie nach Mittel sinnen, um den Arbeitern zu lehren, daß sie mit Hilfe von Staatseinrichtungen, Gemeindeveranstaltungen, Selbsthilfe in Vereinen und Genossenschaften, wohlthätige Mitwirkung praktischer Arbeiterfreunde aus den besitzenden Ständen sich wohl auf dem Boden der heutigen Ordnung eine Stellung erringen können, mit der sie durchaus zufrieden sein können, die alle ihre berechtigten Ansprüche befriedigt.

Wir müssen zugeben, daß diese Lehre, wenn sie geschickt vorgetragen wird, etwas durchaus bestechendes für solche Arbeiter haben muß, wenn ihnen die sozialdemokratischen Grundsätze nicht in Fleisch und Blut übergegangen sind und durch fortwährende Agitation immer gegenwärtig gehalten werden.

Wir sagten am Anfange dieses Kapitels, daß Unterstützungskassen in gewissen Grenzen durchaus nicht gegen die Grundsätze unserer Zentralisation widersprechen. Es ist dabei aber vorausgesetzt, daß sie Nebensachen bleiben und den Arbeitern durch die sozialdemokratische Agitation immer es klar gehalten wird, daß damit eine erhebliche Besserung nicht zu erlangen ist, viel weniger eine Befriedigung des um Befreiung von Noth und Knechtschaft kämpfenden Proletariates.

Um Mitglieder anzulocken und sie festzuhalten sollen Unterstützungskassen aller Art gegründet werden, sie sollen die Stütze, das Rückgrat der Verbände bilden. Dadurch verlieren die Verbände jeden Unterschied mit den Hirsch-Dunckerschen Organisationen. Diese haben noch einen Vortheil gegenüber den Verbänden. Ihre Kassen sind lange Jahre erprobt, sehr gut geordnet, durch alle juristischen Hilfsmittel gesichert, die Fonds sind gesichert. Sie können mehr und besseres leisten, wie die Verbände. Sobald den Mitgliedern aber erst der Vergleich klar gemacht wird, zwischen diesen Kassen und den verbändlerischen, sobald man dann hinweist, daß beide Kassen „neutral" sind, zweifeln wir nicht daß die Kassenmenschen, die man in den Verbänden erzogen hat, bald zu der stärkeren Kasse gehen werden. Der Unterschied muß ihnen verschwinden. Die Mitglieder, die die Verbände durch die Kassen heranziehen, und sie zu Kassenmenschen ausbilden, ohne für ihre politische Ausbildung zu sorgen, werden bald eine rechte Last werden. Sie werden darauf drängen, daß auch bei ihnen die Kasse die Hauptsache ist.

Jetzt hat die sozialdemokratische Gewerkschaft noch einen starken Kern braver Sozialdemokraten, der Nachwuchs erfährt aber von der Sozialdmokratie nichts mehr. Darin liegt die Gefahr der Versumpfung.

Der Verein hört nun auf ein Kampfverband zu werden. Man sucht Frieden mit den Unternehmern in sogenannten Tarifgemeinschaften, die, wie in Berlin das Abkommen mit den Maurern zeigt, von den Unternehmern nie ehrlich gehalten werden. Die Streikfonds, die man

nicht mehr so nöthig braucht, werden von den Unterstützungskassen in Anspruch genommen. Je wirkungsvoller die Unterstützung wird, desto wichtiger erscheint sie den Mitgliedern. Sie wollen unter keinen Umständen die gewohnte Unterstützung missen und halten deshalb mit zähem Geiz ihre Fonds fest, die den Reservefonds der Unterstützungskassen bilden.

Ist es nicht in England bereits so weit gekommen?

Mit Ehrfurcht blicken unsere Verbändler auf die großen Fonds der englischen Gewerkschaften. Wenn aber eine Gewerkschaft in Streik tritt, dann muß für sie sofort im In- und Auslande der Bettelsack geschwungen werden, weil alle englischen Gewerkschaften ängstlich ihre Millionen zurückhalten. Ja die streikende Gewerkschaft selbst greift ihre Fonds nicht gründlich an und bettelt lieber. In Deutschland ist noch ein anderer Haken dabei, über den man jetzt nicht gerne spricht. Die Buchdrucker haben die Sache in ihrem großen Ausstande erfahren. Ihre Fonds wurden mit Beschlag belegt, weil einige Mitglieder des Verbandes, gekauft von den Unternehmern, auf ihre Ansprüche aus den Unterstützungskassen gestützt, die Sicherstellung ihrer Ansprüche verlangten. Ein neues Versicherungsrecht ist im Entstehen, wird es diesmal vor den Versicherungskassen der Arbeiter stehen bleiben oder ihnen noch weitere Fallstricke legen?

Wir glauben, die Verbände binden sich mit ihren Unterstützungskassen Ruthen, die ihnen es unmöglich machen werden, Kampfesorganisationen zu sein. Bei dem für die Zukunft bevorstehenden viel schärferen gewerkschaftlichen Kampf, den das Unternehmerthum langer Hand und mit einer gewissen Folgerichtigkeit vorbereitet, wird es aber darauf ankommen, nicht große Zahlen Kassenmenschen in den Arbeiterorganisationen zu haben, die den Geldbeutel zuknöpfen, sobald ihre liebe Kasse in Gefahr ist, sondern die solidarisch zu einander stehen und bis zum letzten Groschen zu kämpfen bereit sind, auch dann noch, wenn die Kassen leer sind. Wenn wir davor warnen, daß man den Unterstützungskassen keinen zu großen Umfang einräumen möchte, sie nicht zum Grund- und Eckstein der Verbände machen darf, so sind dies die Gründe dafür.

Ob nun aber die Unterstützungskassen unter allen Umständen das leisten, was man von ihnen erwartet, nämlich den Mitgliederbestand zu heben und ihn zu befestigen, ist durchaus noch nicht bewiesen. Durch das Herausgreifen einiger Organisationen mit und ohne Unterstützungskassen wird kein bündiger Beweis geführt. Es müßte dafür eine Gesammtstatistik gegeben werden, zu welcher wir das Material nicht haben. Die Verbändler aber vermeiden es, ein vollständiges Material zu geben. Also schließen wir, daß es auch für sie nicht beweisend ist. Man hat uns schon gewerkschaftliche Organisationen mit Unterstützungskassen gemeldet, die ebensolchem Wechsel der Mitglieder unterworfen sind, als solche ohne Unterstützungskassen und umgekehrt.

Nun denn, wir waren unseren Lesern es schuldig, ihnen zu zeigen, weshalb wir die Taktik der unpolitischen Verbände für fehlerhaft halten.

Wir verzichten von vornherein darauf, irgend einen Verbändler zu bekehren und auch darauf, mit ihnen in ihrer Form, die nur im Schimpfen besteht, zu diskutiren.

Wir halten den Grundsatz fest, daß der Charakter der Kampfesorganisation den gewerkschaftlichen Organisationen nach beiden Richtungen gewahrt werden muß. Sie müssen den Kampf als Klassenkampf auch auf dem Boden der heutigen Ordnung mit aller Kraft und allen Mitteln führen und auch den Kampf auf dem Boden des Programms der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Befreiung des Proletariats aus Noth und Knechtschaft.

Unsere Taktik bisher und ferner.

Als wir im Jahre 1897 unsern ersten Kongreß zu Halle a. S. abhielten, hatten wir noch mit der Lüge der Verbändler zu kämpfen, daß wir „Lokalisten" überhaupt jeder Zentralisation abgeneigt wären, daß wir, wie man ebenso verlogen als geschmacklos behauptete, suchten, um jeden Ort und um jede Gewerkschaft eine chinesische Mauer zu ziehen und sie von den anderen abzusperren. Nun, diese Lüge ist so allmählich verschwunden, wie die, daß die Sozialdemokraten theilen wollen. Wir sprachen schon damals den Grundsatz aus, daß wir nur die Politik von unseren Vereinen nicht ausschließen wollen, daß wir aber eine durchaus feste Zentralisation anstreben, die in der Zentralisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ihr Vorbild hätte. Wir wollen aber keiner Diktatur unbedeutender Menschen unterworfen sein, und verlangen daher, daß jede Gewerkschaft oder jeder Theil einer Gewerkschaft sich an jedem Orte organisiren kann, wie es ihr beliebt, wenn sie nur mit den anderen sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen gemeinsam nach gleichem Ziele arbeiten will.

Auf Grund dieser Voraussetzungen wurde das grundlegende Programm unserer Zentralisation entworfen und angenommen. Es lautet:

In Erwägung:

1. daß der gewerkschaftliche Kampf um Verbesserung der Lage der Arbeiter auf dem Boden der heutigen Ordnung nicht geführt werden kann, ohne das Verhältniß der heutigen Ordnung zu dem heutigen Staat und seinen Organen der Gesetzgebung und Verwaltung scharf zu berühren;

2. daß der gewerkschaftliche Kampf also von dem politischen Kampf um die politische Macht und deren Erweiterung nicht zu trennen ist;

3. daß weder eine wesentliche Verbesserung der Lage der Arbeiter, noch eine genügende Vermehrung ihrer Rechte von der Humanität oder von dem guten Willen der heutigen Gesellschaft zu erwarten ist sondern anerkanntermaßen nur der Kampf um das Recht das Recht bildet;

4. daß dieser Kampf aber nur dann mit dem nöthigen Nachdruck und der nöthigen Einheitlichkeit von den Arbeitern geführt werden kann, wenn er in seinem Charakter als Klassenkampf der Arbeiterklasse gegen ihre Ausbeutung anerkannt und geführt wird;

5. daß dieser nothwendige und unvermeidliche Klassenkampf nur unter engem und bewußtem Anschluß an die Grundsätze der sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit Aussicht auf Erfolg geführt werden kann;

erklärt der zu Halle a. S. tagende Kongreß der lokalorganisirten und auf dem Boden des Vertrauensmännersystems zentralisirten Gewerkschaften Deutschlands:

I. Eine Trennung der gewerkschaftlichen Bewegung von der bewußten sozialdemokratischen Bewegung ist unmöglich, ohne den Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeiter auf dem Boden der heutigen Ordnung aussichtslos zu machen und zu lähmen.

II. Daß die Bemühungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, die den Zusammenhang der gewerkschaftlichen Bewegung mit der Sozialdemokratie zu lockern oder zu brechen bestrebt sind, als arbeiterfeindliche zu betrachten sind.

III. Daß die Organisationsform der gewerkschaftlichen Bewegung die sich in dem Kampfe um die politischen Ziele hindern, als fehlerhaft und verwerflich zu betrachten sind. Der Kongreß sieht in der Form der Organisation, die sich die sozialdemokratische Partei Deutschlands auf dem Kongreß zu Halle a. S. 1890 gegeben hat, mit Rücksicht auf die bestehende Vereinsgesetzgebung auch für die gewerkschaftliche Organisation die zweckmäßigste und beste Einrichtung zur Verfolgung aller Ziele der Gewerkschaftsbewegung.

Man ersieht leicht, daß in dieser Resolution nur der Abschnitt III im zweiten Absatz durch die Abänderung der Vereinsgesetze in Deutschland, soweit sie früher das Inverbindungtreten politischer Vereine verboten haben, jetzt nach Aufhebung dieses Verbotes abzuändern wäre.

Wir halten noch voll und unverbrüchlich daran fest, daß eine gewerkschaftliche Bewegung, wenn sie nicht ganz sich auf das engste Gebiet des Kampfes um Lohn- und Arbeitsbedingungen in einzelnen Gewerkschaften sich beschränken soll, der Politik nicht entbehren kann, und daß die Politik, die Arbeiter treiben, der Vernunft gemäß nur die sozialdemokratische Politik sein kann, daß die Nothwendigkeit des Klassenkampfes durch unsere ganze Wirthschaftsordnung gegeben ist und daher nur im offenen Anschluß an die Sozialdemokratie geführt werden kann, daß also eine Trennung der sozialdemokratischen Bewegung von den Gewerkschaften Verrath und Frevel ist, von welcher Seite sie auch komme.

Diese Sätze sind so bestimmt und so knapp, dabei doch so erschöpfend, daß eine Aenderung an denselben nicht erforderlich ist. Indessen ist mit der Aufhebung des Verbindungsverbotes in den deutschen

Vereinsgesetzen es allen Organisationsformen erlaubt, den Kampf für politische Ziele zu führen. Es ist also die Bezeichnung einer einzelnen besonderen Organisation dazu nicht mehr nothwendig. Da aber unsere Meißbilligung gegen die Verleugnung der Sozialdemokratie durch die Verbändler schon in Absatz I und II enthalten ist,

so würde hier weiter nichts erforderlich sein, **als den Absatz III einfach zu streichen.**

Er ist ferner überflüssig.

Die organisatorische Resolution, die auf dem Haller Kongreß 1897 angenommen wurde, lautet:

1. Eine Geschäftskommission von 5 Personen wird in Berlin eingesetzt, die den Auftrag hat, für eine planmäßige Agitation unter den lokalorganisirten oder nach dem Vertrauensmännersystem zentralisirten Gewerkschaften Deutschlands zu sorgen, auch die Interessen dieser Organisation nach außen und durch die Presse zu vertreten.

2. Die Lokalorganisationen haben an jedem Ort einen Vertrauensmann zu wählen. Derselbe hat die Sammlungen zum Agitationsfonds zu leiten und sämmtliche örtlichen Verhältnisse nach den Beschlüssen des Kongresses zu regeln. Die Höhe der Beiträge zum Agitations- resp. Streikfonds bestimmt jeder Ort und Beruf selbst.

3. Der Kongreß proklamirt die unbedingte Solidarität der lokalorganisirten Arbeiter ohne Rücksicht auf die Organisationsform und politische Anschauung, soweit sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Die Ausstände der Arbeiter werden sie diesem Grundsatze gemäß nach besten Kräften unterstützen.

In dieser Resolution möchten wir nur eine Aenderung für nothwendig halten.

In Punkt 2 ist die Bestimmung zu streichen, daß der Vertrauensmann „neben der Fachorganisation" stehen muß. Er kann jetzt, wenn es beliebt wird, ebenso gut aus der Fachorganisation gewählt werden, er kann der Vorsitzende des Fachvereins sein, wenn man das für wünschenswerth erachtet.

Wir würden also vorschlagen, zu sagen, „die Lokalorganisationen haben an jedem Ort einen Vertrauensmann zu wählen" und es den betreffenden Genossen zu überlassen, wen sie dazu wählen.

Ueber den Namen unserer Zentralisation hätten wir freilich einen Vorschlag. Der lange Name bezeichnete früher die Form, die für uns eine wesentliche war, weil sie das Wesen unserer Organisation als politische Organisationen bezeichnete. Das ist nun weggefallen und wir können uns einen kürzeren Namen wählen.

Um die Sache einmal zum Nachdenken anzuregen, schlägt der Schreiber dieses Flugblattes vor, unsere Zentralisation

Föderation der politischen Gewerkschaften Deutschlands

zu nennen.

Unter einer Föderation oder Konföderation versteht man im Allgemeinen eine Zusammenschließung gleichartiger, selbständiger Glieder gegenüber einer Union, die einen festen Verband bezeichnet mit Aufgabe der Selbständigkeit in den Hauptsachen.

Ueber diesen Namen ist ja Manches zu reden. Wir wollen die Sache einmal anregen, weil wir ja jetzt nicht nur Vertrauensmänner-wentralisationen, sondern auch Verbände als Mitglieder haben, die uns Zieder als Föderation lose angeschlossen wären.

Mit dem Ausdruck „politische Gewerkschaft" würden wir das Wesentliche treffen, daß die Gewerkschaft anerkennt, sie wäre eine sozialdemokratische Organisation; wie weit sie die Politik praktisch in ihren Vereinen übt, würde ja auf Umstände und Gelegenheit ankommen.

Hat nun also die gesammte Organisation durchaus keine Ursache, ihre Organisation, Taktik und Agitation in wesentlichen Dingen irgendwie zu ändern, bleiben wir, was wir gewesen sind, bewußt sozialdemokratische Organisation und richten wir uns unsere taktischen Einrichtungen darnach ein wie bisher, so bleibt für die einzelne Organisation, die unserer Zentralisation beigetreten sind, oder beitreten wollen, erst recht kein Grund, sich irgendwie zu verändern.

Getreu unserem Grundsatz, daß jede Gewerkschaft, ganz oder theilweise an jedem Orte das Recht haben muß, sich so zu organisiren, wie es ihren Verhältnissen und ihrem Geschmacke entspricht, verweigern wir keiner Organisationsform die Aufnahme, so bald sie mit der ehrlichen Absicht zu uns kommt, das Wohl der Arbeiter vom Standpunkte des sozialdemokratischen Klassenkampfes, nicht durch Vertuschen desselben zu vertreten und sich unseren Kongreßbeschlüssen fügt, indem sie die Lasten, die unsere Zentralisation erfordert, auf sich nimmt.

Wir haben jetzt eine Stärke von 18 bis 20 Tausend Mitglieder. Das ist noch wenig genug, aber jedenfalls ein Fortschritt gegen die Zeit der Gründung unserer Organisation.

Wenn die einzelnen Gewerkschaften unseren Agitationsfonds reichlich bedenken wollen, werden wir bald auch größere Fortschritte machen. Wir meinen, daß einem großen Theil der deutschen Arbeiter doch die Augen darüber aufgehen werden, wohin die neutralen Gewerkschaften eigentlich gehen. Dann werden sie bei uns eine Rettung aus der Versumpfung finden.

Druck von Maurer & Dimmick, Louisen-Ufer 11.